Journalistenblatt

2
2021

Die Journalistenverbände informieren | 16. Jahrgang

www.journalistenblatt.de

Herausgeber

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

Einschränkungen der Bewegungsfreiheit treffen auch Journalisten

ZDF-Chefredakteur Dr. Peter Frey im Interview ab Seite 4

Reporter-Legende Günter Wallraff 10

Datenschutz ist Menschenschutz 20

Journalisten als Zielscheibe 28

HAMBURGER STIFTUNG
für politisch Verfolgte

35 Jahre Stimmen für die Freiheit

© Bilal Ahmad

„Kashmir - Dreißig Jahre Leid!

Ich kämpfe für ein Leben in Würde.“

Masrat Zahra
Fotojournalistin aus Jammu & Kashmir / Indien

Seit über drei Jahrzehnten rettet die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte mutige Menschen wie unsere Stipendiaten.

Für die Einladung neuer Gäste brauchen wir Ihre Unterstützung! Jetzt erst recht!

Jetzt informieren & spenden

www.hamburger-stiftung.de

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

BIC: HASPDEHHXXX, IBAN: DE 5320 0505 5010 2225 0359

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor einem Jahr kamen die ersten Zweifel, dass die Corona-Pandemie schnell vorüberziehen würde. Mittlerweile befinden wir uns im dritten Lockdown, auch wenn die Zahl der Geimpften täglich wächst. Eine solche Zeit der Unsicherheit hinterlässt Spuren in der Gesellschaft.

Exklusiv für das **journalistenblatt** hat der Chefredakteur des *Zweiten Deutschen Fernsehens ZDF,* Dr. Peter Frey, unserem Chefredakteur Digitales, Shams Ul-Haq, Rede und Antwort gestanden, wie er die Situation einschätzt. Das Gespräch mit dem Vollblut-Journalisten halten wir ab Seite 4 für Sie bereit.

Er gilt immer noch als das Urgestein des investigativen Reporters: Günter Wallraff. Mit seinen Undercover-Geschichten legt er seit über 50 Jahren den Finger in die Wunden unserer Gesellschaft. Ob als „Türke Ali" oder als „investigativer *Bild*-Reporter", er war in vielen Rollen unterwegs. Seine Geschichte hat er unserer Redakteurin Bettina Schellong-Lammel erzählt. Sie finden sie ab Seite 10.

Natürlich lässt uns Corona auch in diesem Heft nicht los. Was ein Jahr Beschäftigung mit den so genannten Corona-Hilfen ausmachen kann, hat Astrid Sonja Fischer für uns recherchiert (ab Seite 18).

Für den Datenschutz macht sich Albrecht Ude stark. Denn er hält den Datenschutz für Menschenschutz. Warum, lesen Sie ab Seite 20.

Übergriffe auf Journalisten während der Corona-Krise gibt es nicht nur in Deutschland. Wie Journalisten in den Niederlanden zur Zielscheibe wurden, schildert Marcel Gelauff, Chefredakteur des niederländischen Senders NOS, im Gespräch mit unserem Kollegen Andrew Weber. Sie finden es ab Seite 28.

Wer während der Pandemie nicht in seiner Existenz bedroht ist, steht vielleicht vor dem Gedanken, neue Mitarbeiter einzustellen, um die Aufträge bewältigen zu können. Worauf man dabei achten sollte, hat unser Experte Walther Bruckschen ab Seite 24 für Sie zusammengestellt. Und das Krankheitskosten auch von Freiberuflern steuerlich geltend gemacht werden können, weiß unsere Steuerexpertin Gabriele Krink. Ihre Tipps finden Sie auf Seite 9. Und außerdem zeigen wir Ihnen, wie wunderbar unsere Welt sein kann. Denn der neue Band über den Wettbewerb „Wildlife Photographer of the year" ist erschienen. Die schönsten Bilder finden Sie ab Seite 22.

Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre!
Und bitte: Bleiben Sie gesund und kommen
Sie gut durch diese turbulenten Zeiten!
Ihre Redaktion des **journalistenblatt**

www.journalistenblatt.de

Inhaltsverzeichnis

4 Wir haben die Aufgabe, Deutschland zusammenzuhalten!
Seit elf Jahren ist Dr. Peter Frey Chefredakteur des *ZDF*. Unter seiner Führung hat der Sender den Schritt in die digitale Welt geschafft. Die Corona-Pandemie sieht der Vollblut-Journalist im Interview mit dem **journalistenblatt** auch als Treiber für neue Medienformate und -inhalte

9 Krankheitskosten steuerlich voll absetzbar
Krankheitsbedingte Behandlungskosten können nicht immer abgesetzt werden. Folgekosten eines Wegeunfalls sind aber Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben

10 Reporter-Legende Wallraff
Günter Wallraff. Undercover-Rollen sind sein Markenzeichnen. Seine größten Erfolge: Undercover-Redakteur Hans Esser bei *BILD* und „Türke Ali" bei „Thyssen". Das **journalistenblatt** traf den Investigativjournalisten zum Interview

18 Stoßlüften für Soloselbstständige
Die Coronahilfen für Soloselbstständige gehen an den Antragstellern vorbei. Astrid Sonja Fischer beschreibt ein Jahr Beschäftigung mit „Corona-Hilfen"

20 Datenschutz ist Menschenschutz
Von der Bundesregierung kommen oft verfassungswidrige Gesetze, die Gerichte kassieren. Albrecht Ude sagt: Das zeugt vom Unwillen der Politik

22 Wildlife Fotografien des Jahres
Das Fotobuch zeigt die 100 besten Bilder des Wettbewerbs Wildlife Photographer of the Year

24 Ich schaff's nicht mehr allein – Worauf Medienschaffende bei der Einstellung von Mitarbeitern achten sollten
Wer am Anfang der Selbstständigkeit steht, sollte die Fixkosten gering halten. Wer die Aufträge nicht alleine schafft, muss Mitarbeiter einstellen

26 Gerichte sollen Urheberrechtsreform (er)klären
Die Bundesregierung hat die nationale Umsetzung der Urheberrechtsreform beschlossen. Uploadfilter werden kommen

28 Journalisten als Zielscheibe
Übergriffe auf Redakteure gibt es nicht nur in Deutschland. Auch in den Niederlanden. Andrew Weber hat mit dem Chefredakteur von NOS über die Situation gesprochen

30 PressCreditCard: Kontaktloses Bezahlen bleibt kostenfrei

30 Impressum

31 Engagement – RückBLENDE
Die Aktivitäten des Journalistenzentrums Deutschland des vergangenen Quartals

Titelbild: Sven Hasselbach

Wir haben die Aufgabe, Deutschland zusammenzuhalten!

Seit elf Jahren ist Dr. Peter Frey Chefredakteur des öffentlich-rechtlichen Senders *Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)*. Unter seiner Führung hat das *ZDF* den Schritt in die digitale Welt gemacht und das Durchschnittsalter der Zuschauer gesenkt. Die derzeitige Corona-Pandemie sieht der Vollblut-Journalist im Interview mit dem journalistenblatt auch als Treiber für neue Medienformate und -inhalte.

? Es gibt sehr viele freie Journalisten, die während der Pandemie stark gelitten haben bzw. immer noch leiden. Was denken Sie über diese Situation?

! Freie Journalisten, die Vertragsverhältnisse mit dem *ZDF* haben, können sich darauf natürlich verlassen. Es gehört ja zu den kleinen Corona-Wundern, dass viele Arbeitsprozesse gut weitergelaufen sind, auch im Homeoffice, auch im *ZDF*. Aber ich weiß, dass die Dinge für Kolleginnen und Kollegen, die ganz frei sind, die keine feste Bindung an ein Haus haben, vor allem für Fotografen und andere Kreative, in diesen Zeiten natürlich sehr viel schwieriger sind.

? Wie verhält es sich mit denjenigen, die nicht bei den Öffentlich-Rechtlichen angestellt sind?

! Sie können ihre Themenvorschläge einbringen. Das tun sie auch, vor allem über die Produktionsgesellschaften in unseren Dokumentationsformaten. Davon gibt es ja sehr viele. Dieser Bereich ist ausgebaut worden, z. B. bei *ZDFinfo*.

Außerdem hat das *ZDF* gerade seine Zusage an die Produktionsfirmen verlängert, sich an zusätzlichen Kosten bei Drehunterbrechungen infolge der Coronakrise zu beteiligen, um Kreativität und Vielfalt der deutschen Produktionslandschaft zu erhalten. Auch die Selbstverpflichtung zu den sogenannten „Rahmenbedingungen einer fairen Zusammenarbeit" haben wir verlängert. Damit können wir die Auswirkungen der Pandemie für das *ZDF* und die Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer evaluieren und die Ressourcen bündeln, um die Herausforderungen der Pandemie gemeinsam mit den Produzentinnen und Produzenten zu bewältigen.

? Wollen die Zuschauer in Deutschland weiterhin das Thema Pandemie sehen?

! Jedenfalls sprechen alle Einschaltzahlen dafür. Die *heute*-Nachrichtensendung um 19 Uhr liegt weiter deutlich über den

Foto: Sven Hasselbach

Durchschnittswerten der Jahre vor der Pandemie, vor allem auch im Bereich der unter 50-jährigen Zuschauer.

Das Gleiche gilt für das *heute journal*. Aber auch Sendungen wie *maybrit illner*, das *Morgenmagazin* oder das *auslandsjournal* sind weiter sehr erfolgreich. Die Pandemie spielt weiter eine beherrschende Rolle, aber man spürt auch, dass andere Themen wieder nach vorne kommen, vom beginnenden Wahlkampf bis zur Klimapolitik. Die Zeiten, in denen Nachrichtensendungen quasi Ein-Themen-Sendungen waren, sind vorbei. Und ich glaube, damit treffen wir auch die Erwartungen unseres Publikums.

? Andere Themen kommen dennoch zu kurz, insbesondere internationale Nachrichten. Werden die Zuschauer da nicht in Angst versetzt, wenn rund um die Uhr von Pandemie berichtet wird?

! Da will ich Ihnen widersprechen. Die Auslandsberichterstattung über die pandemische Situation im Ausland, von Brasilien über Indien bis zu den europäischen Nachbarländern, Russland, USA, war und ist immer noch ein ganz wichtiger Vergleichsmaßstab in dieser Krise.

Unsere Zuschauerinnen und Zuschauer messen ihre eigene Situation an dem, was wir ihnen an Informationen aus den anderen Ländern bieten. Denken Sie an die Bilder aus Bergamo! Da spürten wir doch alle, was auf uns zukommen kann. Die Berichterstattung bildet einen Vergleichsmaßstab, wo die Situation besser oder schlechter ist als bei uns. Es schien viele Monate so, als hätten wir Corona besser im Griff als andere. Beim Impfen zeigt sich jetzt, dass andere sich einen Vorsprung erarbeitet haben.

? Die Zuschauer werden immer älter. Gibt es für junge Menschen immer noch zu wenig Sendungen beim *ZDF*? Und was kann der Sender in dieser Zeit gerade für sie tun?

! Wie gesagt, wir sehen, dass der Marktanteil bei den unter 50-Jährigen über das gesamte *ZDF*-Programm deutlich zugenommen hat. Aber der eigentliche Wandel besteht darin, dass wir diese Gruppe nicht nur über das klassische *ZDF*-Hauptprogramm erreichen, sondern eben auch über unsere Digitalkanäle und unsere Online-Plattformen. *ZDFinfo* markiert Bestmarken während dieser Pandemie. Unsere Mediathek sowie unsere Auftritte auf den Drittplattformen wie Youtube oder Instagram haben sich sehr stark erweitert.
Nach dem Relaunch von *ZDFheute* mitten in der Pandemie Ende März 2020 haben sich unsere Nutzungszahlen vervielfacht. Formate, die wir eigens für Youtube entwickelt haben, und unser großes Angebot bei Instagram, welches von den *ZDFheute*-Nachrichten kommt, wird sehr stark nachgefragt.

Es gibt eine ganz neue Perspektive, das jüngere Publikum zu erreichen, und auch an dieser Stelle war die Pandemie ein Treiber.

> Unsere Zuschauer und Zuschauerinnen messen ihre eigene Situation an dem, was wir ihnen an Informationen aus den anderen Ländern bieten.

? Social Media Kanäle beim *ZDF*, denken Sie nicht, da ist das *ZDF* noch sehr zurückhaltend? Oder wieder Einspruch?

! Wir können das ausbauen. Man kann immer mehr machen. Wir müssen aber mit den Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, auskommen. Immerhin haben wir unsere Präsenz deutlich ausgebaut und unsere Abonnenten für den *ZDFheute*-Kanal sowohl bei Youtube als auch bei Instagram deutlich gesteigert. Das wächst von Tag zu Tag.

Mir ist aber wichtig, dass wir keine Produkte erstellen, die nur für die Drittplattformen gemacht werden. Alles, was dort spielt, muss sich auch auf unseren eigenen Plattformen wiederfinden – in der ZDFmediathek oder in der *ZDFheute*-App.

? In Deutschland fehlt weiterhin die Berichterstattung aus kleinen Dörfern. Was dort passiert, bekommt der Zuschauer gar nicht mit.

! Einspruch! Das *ZDF* ist als Länderanstalt eigentlich ganz gut aufgestellt. Wir haben in sechzehn Bundesländern Büros und sind dort nicht nur in den Landeshauptstädten, sondern die Kolleginnen und Kollegen sind im ganzen Berichtsgebiet unterwegs und auch darüber hinaus in der Fläche präsent: Gerade war zum Beispiel ein Team des *ZDF Morgenmagazin* in Husum. Aus der kleinen Küstenstadt in Nordfriesland kam ein guter Teil der Sendung, mindestens ein Drittel der ganzen Sendefläche, im Rahmen unseres Projektes *„Morgenmagazin vor Ort"*. Ich bin froh, dass das nun wieder anläuft. Wir haben darüber berichtet, wie der sogenannte Modellversuch Corona vonstattengehen soll: Welche Schwierigkeiten es gibt, was der Einzelhandel beachten muss, die Hoteliers, wie sie belastet sind. Wir sehen unsere Aufgabe unbedingt darin, zwischen dem Lebensgefühl in den Städten und dem Lebensgefühl auf dem Land zu vermitteln. Wir haben auch an der Stelle die Aufgabe, Deutschland zusammenzuhalten.

Ich gebe Ihnen aber recht, dass unter dem Druck der Kommerzialisierung und der digitalen Medien es sehr schwierig für die Kollegen der Print-Medien geworden ist, Lokaljournalismus zu machen. Das ist die Tendenz, die mich besorgt, dass nicht mehr genug journalistische Kapazitäten zur Verfügung stehen, um vor Ort, in Städten, in Landkreisen, den politisch Verantwortlichen, der Wirtschaft oder anderen auf den Zahn zu fühlen. Oft sind Kolleginnen und Kollegen dort so stark belastet und überlastet, dass ihnen die Zeit einfach fehlt, sich mit den Dingen vor Ort kritisch zu befassen. ▶

Wenn Zeitungen zu größeren Verbünden zusammengefasst werden, sind damit leider oft auch Substanzverluste verbunden, die dazu führen, dass der Journalismus nicht mehr so seine Kontrollfunktion ausüben kann, wie das eigentlich der Fall sein sollte.

? Was kann man dagegen tun? Nehmen wir an, ein großer Verlag kauft alle auf. Wie ergeht es dem Journalismus in den nächsten 20 Jahren?

! Ich bin niemand, der den Kolleginnen und Kollegen aus dem Privatbereich Ratschläge geben sollte. Zumal die finanzielle Basis der Öffentlich-Rechtlichen trotz des Streits um die Rundfunkbeiträge weiterhin gesichert ist. Deshalb will ich mich an der Stelle zurückhalten.

Aber es ist ganz klar, dass neue Erlösmodelle entwickelt werden müssen. So langsam findet man hier den richtigen Weg, wenn Onlinebezahlangebote eine größere Akzeptanz finden, als das früher der Fall war. Journalismus kostet Geld. Journalismus muss man finanzieren. Das geht entweder über Werbung oder dadurch, dass man die Kundinnen und Kunden beteiligt. Ich empfinde es als positives Signal, dass mehr und mehr Verlage vermelden, dass ihre Bezahlmodelle im Internet funktionieren.

? Zur Zeit arbeiten fast alle Kollegen im Homeoffice und berichten von Nachrichtenagenturen oder von Zuhause aus. Eigene Recherchen sind kaum möglich. Funktioniert da der richtige Journalismus noch?

! Es ist jedenfalls sehr viel schwieriger geworden, journalistisch zu arbeiten. Und zwar auf beiden Ebenen. Sowohl auf der Ebene der Zusammenarbeit in der Redaktion. Es macht einen Unterschied, ob man sich nur als Videokachel begegnet oder ob man zusammen essen geht oder zusammen in der Kantine oder in der Teeküche sitzt und sich über Themen austauscht. Oder vielleicht auch eine gemeinsame Idee hat, mit welchen Themen man sich beschäftigen sollte. Das fällt weg, und das ist nicht eins zu eins auf *„Teams"* oder *„Zoom"* zu ersetzen.

Das zweite ist die Frage der journalistischen Recherche und da haben Sie recht: Kontaktsperren und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit treffen auch Journalisten. Das spürt man auch zum Beispiel in Berlin: Wenn keine Veranstaltungen mehr abends stattfinden, dann können unsere Hauptstadtkorrespondenten auch nicht so leicht die Politiker treffen und etwas beiläufig aus ihnen herausholen, um politische Prozesse zu erspüren. Und für die Investigativen gilt dies umso mehr, weil man sich im Grunde immer verabreden muss, um ein Ergebnis zu bekommen. Die Bedingungen gerade für den Investigativjournalismus sind in diesen Zeiten schwieriger geworden.

> Die Rechercheverbünde, die zwischen dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Bereich entstanden sind, zeigen mir, dass investigativer Journalismus in Deutschland weiterhin eine große Rolle spielt.

? Unabhängig von der Pandemie: Denken Sie, dass der Recherchejournalismus in Deutschland stark nachgelassen hat?

! Man muss das auf sehr vielen unterschiedlichen Ebenen betrachten. Die Mittel der Öffentlich-Rechtlichen sind weiterhin groß. Im *ZDF* gibt es die bekannte Recherchemarke *Frontal 21*. Deren Präsenz haben wir erhöht, weil wir nicht nur in der Fernsehsendung um 21 Uhr diese Recherche-ergebnisse präsentieren, sondern auch in den Nachrichtensendungen oder der *ZDF-heute*-Plattform. Gerade die Pandemie bietet hier auch neue Themenfelder, so haben die Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel kürzlich aufgedeckt, wie AstraZeneca- und BioNTech-Impfstoff über Zwischenhändler zu erhöhten Preisen vermarktet wird.

Mit *ZDFzoom* feiern wir gerade das zehnjährige Jubiläum einer investigativen Doku-Sendereihe, die vertiefte Recherche, zum Beispiel aus dem Bereich Lebensmittelerzeugung oder aus dem Gesundheitswesen bietet. Die Kollegen haben schon viele Skandale aufgedeckt, auch in Zusammenarbeit mit *Frontal 21*.

Die Rechercheverbünde, die zwischen dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Bereich entstanden sind, zeigen mir, dass investigativer Journalismus in Deutschland weiterhin eine große Rolle spielt, und ich bin froh, dass wir mit vielen Printkollegen oder mit Rechercheinitiativen wie Correctiv zusammenarbeiten.

? Frauenführung im *ZDF*. Hat sich das während Ihrer Zeit verbessert oder verschlechtert?

! Es hat sich verbessert, aber nicht genug. Wir haben heute immerhin zwei Hauptredaktionsleiterinnen im *ZDF*. Ich erinnere mich an Zeiten, wo es gar keine gab. Wir haben viele Korrespondentinnen in unseren Auslandsstudios, sowohl in der leitenden Funktion als Studio-Chefinnen und auch als zweite oder dritte Kollegin vor Ort. Aber es ist noch nicht genug, es muss noch besser werden.

Das Stichwort Diversität bezieht sich nicht nur auf die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, sondern wir haben mindestens zwei weitere Aufgaben im *ZDF* und auch im Rest der Gesellschaft, nämlich Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund hier in den Sender zu holen. Und sie auch das Programm prägen zu lassen, als Redakteure oder Moderatoren bzw. Reporter. Merkwürdigerweise ist es uns auch dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung nicht gelungen, so viele ostdeutsche Kolleginnen und Kollegen einzubeziehen, dass man wirklich sagen könnte: Das Programm hat eine gesamtdeutsche Perspektive. Es ist doch vieles noch sehr westdeutsch geprägt, auch wenn in unseren Studios in Ostdeutschland mehr und mehr Kollegen mit ostdeutschem Hintergrund Führungspositionen wahrnehmen.

? Werden hier im *ZDF* Frauen von Männern unterdrückt? Haben Sie von solchen Erfahrungen bereits gehört?

! *(tief eingeatmet)* Ich glaube, für einen Mann ist diese Frage ganz schwer zu beantworten. Und welche Art von Unterdrückungsmechanismen es gibt oder was als Unterdrückung empfunden wird, müssen am Ende diejenigen beschreiben, die solche Erfahrungen machen oder glauben, gemacht zu haben.

Ich kann nur sagen, dass ich mich in meiner Umgebung und in der Chefredaktion sehr darum bemühe, für die Gleichheit der Arbeitsverhältnisse und für einen anständigen Umgang miteinander zu sorgen. Auch wenn ich über meinen unmittelbaren Verantwortungsbereich hinausschaue, glaube ich, dass sich das *ZDF* in den letzten zehn Jahren deutlich geändert hat. Mit einer Verwaltungsdirektorin haben wir auch zum ersten Mal eine Frau in der Geschäftsleitung des *ZDF*. Wir sind nicht nur offener geworden: Mit den Frauen verändert sich auch das Klima in den Führungspositionen.

? Haben wir in Deutschland Meinungsfreiheit?

! Ich bin davon überzeugt.

? Ja?

Foto: Sven Hasselbach

! Ja.

? Seit Kurzem gibt es eine neue Liste von „Reporter ohne Grenzen". Was sagen Sie dazu, dass Deutschland herabgestuft wurde?

! Wenn ich es richtig verstanden habe, ist die Ursache dafür, dass es mehr Angriffe auf Journalisten gegeben hat als im letzten Jahr. Die Pressefreiheit in Deutschland leidet nicht aufgrund staatlicher Unterdrückung oder Einschränkung der Meinungsfreiheit durch staatliche Akteure, sondern dadurch, dass es im Zuge der Pandemie und zum Teil militanter Proteste der Coronaleugner massiv zu Angriffen auf Journalisten kommt.

Bei der Demonstration in Stuttgart vor einigen Wochen gab es gewalttätige Übergriffe auf Teams von *ARD* und *ZDF*. Kollegen mussten sich absichern und wurden von Sicherheitsleuten begleitet, damit sie dort ihrer Arbeit nachgehen können.

Ich halte das für einen Skandal. Es bringt uns auch in ein Dilemma, weil Journalismus als Begegnung mit den Bürgern und den Menschen nicht gut funktioniert, wenn Journalisten zu ihrem Schutz von Polizisten begleitet werden müssen. Wir müssen hier zu einer anderen Atmosphäre kommen. Und ich hoffe, wenn Corona mal vorbei ist, dass sich das wieder entspannt.

Es ist ja auch ein Zeichen dafür, dass die Polarisierung in unserer Gesellschaft zugenommen hat. Und das ist eine Aufgabe für uns, die Frage zu stellen, welchen Beitrag wir leisten können, um da wieder raus zu kommen. Und dazu gehört sicher, noch mehr ins Gespräch mit Bürgern und Bürgerinnen zu kommen.

? Stichpunkt ins Gespräch kommen. Die Pandemie-Leugner sind ebenfalls Bürger dieses Staates. Und sie sind sauer.

! Ja, und wir versuchen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Ich habe ja schon dieses Dialogformat im *Morgenmagazin* erwähnt am Beispiel Husum. Das ist unser Versuch, eben in die ländlichen Regionen hinein zu gehen. Nicht nur in Westdeutschland an der Küste, sondern auch in Ostdeutschland, wo die Situation aufgrund von Arbeitslosigkeit oder anderen Umständen noch schwieriger und prekärer ist.

In einer *ZDFzoom*-Folge haben wir uns gerade speziell mit diesem Thema beschäftigt: In einer neuen Folge von *„Am Puls Deutschlands"* ist Jochen Breyer den Fragen nachgegangen, wie es um die Meinungsfreiheit steht und ob der Meinungskorridor im Freundeskreis, im Job, in den Medien enger wird. Er ist auf Menschen getroffen und hat die zu Wort kommen lassen, die das Gefühl haben, nicht mehr alles sagen zu dürfen, zum Beispiel beim Thema Corona, in der Flüchtlingsfrage oder der Berichterstattung der Medien.

Wir hören außerdem andere Positionen an, indem wir der AfD eine Stimme geben in der Berichterstattung aus den Parlamenten.

Auf der anderen Seite orientieren wir uns im *ZDF* an Programmrichtlinien. Sie weisen darauf hin, dass wir als Sender der Verständigung dieser Gesellschaft dienen müssen. Das bedeutet natürlich, dass man bestimmte Stimmen, die eine andere Republik wollen, die bestimmte Gruppen diskriminieren, die Minderheiten verachten, die sich antisemitisch äußern, dass wir solche Äußerungen einordnen müssen in unserem Programm und mit denen auch sehr vorsichtig umgehen. Es ist unsere Aufgabe, eine Grenze zu ziehen, und wer unsere par- ▶

Dr. Peter Frey *(geb. 1957) ist seit dem 1. April 2010 Chefredakteur des ZDF. Ihm unterstehen die fünf Hauptredaktionen Aktuelles, Politik und Zeitgeschehen, Wirtschaft, Recht, Service, Soziales, Umwelt, Sport und Neue Medien, der Programmbereich Info, Gesellschaft und Leben sowie die Senderedaktionen Frontal 21 und Tagesmagazine Berlin (ZDF-Morgenmagazin, ZDF-Mittagsmagazin). Auch die Inlands- und Auslandsstudios sowie der digitale Spartenkanal ZDFinfo gehören zu seinem Ressort.*
Frey arbeitet seit 1981 beim ZDF, zunächst als Freier Journalist, später als Redakteur in verschiedenen Redaktionen. Er war u.a. stv. Leiter des Studios in Washington, Leiter der Auslandsredaktion sowie Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios Berlin. Im Herbst 2022 geht er in den Ruhestand, wird sich aber weiterhin dem Journalismus widmen.
www.zdf.de

lamentarische Demokratie abschaffen will, der hat nicht automatisch Anspruch darauf, auf unserem Sender präsent zu sein.

? Wenn man die AfD mehr zu Wort kommen lässt, glauben Sie, dass beim Dialog eine Lösung möglich sein wird? Die Partei wird weiterhin gewählt und ist in allen Bundesländern vertreten.

! Das sind ja keine neuen Phänomene mehr. Wir haben die parlamentarische Arbeit der AfD immer gespiegelt, die Parteichefs wurden zu Sommerinterviews eingeladen. Hat das zu einer Deradikalisierung geführt? Ich fürchte: nein. Im Gegenteil, die Partei ist radikaler geworden, jedenfalls in bestimmten Teilen.

Wir müssen im Gespräch bleiben, aber wir müssen auch unsere Konsequenzen daraus ziehen, wenn Gespräche nicht fruchtbar sind.

Ich habe mich dazu bekannt, dass wir ihnen die Chance geben, in unserer Berichterstattung vorzukommen, vor allem, wenn sie in den Parlamenten vertreten sind. Und trotzdem ist es eine schwierige Aufgabe für uns, weil zum ersten Mal eine Partei in den Parlamenten vertreten ist, die – jedenfalls in ihrem „Flügel" – die Grundwerte unseres parlamentarischen und demokratischen Systems teilweise in Frage stellt. Daraus müssen wir dann auch unsere Schlüsse ziehen. Wir sind nicht verpflichtet, Hass und Hetze in unserem Programm eine Stimme zu geben.

? Rassismus im Journalismus hat auch in Deutschland zugenommen. Wie sehen Sie das, auch außerhalb des eigenen Senders?

! Sie müssten dafür Belege nennen. Ich müsste mich mit bestimmten Fällen auseinandersetzen können, aber fürs *ZDF* würde ich den Rassismus-Verdacht eindeutig zurückweisen.

Ich würde sogar sagen, nicht nur in Bezug auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch was unser Publikum angeht, halten sich kritische oder gar negative Reaktionen auf unsere Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund oder mit nicht-weißer Hautfarbe deutlich in Grenzen. Dass Kolleginnen und Kollegen wie Dunja Hayali, Jana Pareigis oder Mitri Sirin *ZDF*-Sendungen präsentieren ist vielmehr Normalität geworden.

Journalismus kostet Geld. Journalismus muss man finanzieren. Das geht entweder über Werbung oder dadurch, dass man die Kunden beteiligt.

Foto: Sven Hasselbach

? Was würden Sie noch gerne beim ZDF ändern, bevor Sie gehen?

! Das Thema Diversität ist und war mir mein ganzes Berufsleben ein wichtiges Anliegen. Auch das Thema Europa ist mir wichtig.

Ich glaube, wir müssen noch bewusster einen Beitrag dafür leisten, dass eine europäische Öffentlichkeit entsteht und wir die Politik nicht nur aus einer nationalen und deutschen Perspektive betrachten. Und ich glaube, die Medien müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass Polarisierung nicht noch mehr zum Geschäftsmodell wird.

Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, dass gerade die Öffentlich-Rechtlichen eine wichtige Aufgabe haben, diese Gesellschaft zusammenzuhalten. Nicht durch Harmoniesoße, sondern durch zivilisierten Streit. Streit muss sein, Konflikte müssen auch sein, die müssen auf den Tisch gepackt werden. Aber es kommt darauf an, wie man die Themen adressiert und wie man miteinander spricht.

? Wollen Sie wirklich nächstes Jahr aufhören oder überlegen Sie es sich, wie Frau Merkel?

! Wenn ich mich an Frau Merkel orientiere, höre ich nächstes Jahr ganz bestimmt auf.

? Haben Sie tief in Ihren Gedanken einen Nachfolger?

! *(lacht)* Wenn ich den hätte, würde ich darüber nicht sprechen.

? Das heißt, Sie haben jemanden?

! … wenn ich den oder die hätte.

? Ist das ein Hinweis?

(alle lachen)

! Nein, eine Selbstverständlichkeit.

Das Interview führte Shams Ul-Haq

Shams Ul-Haq *ist Fachgruppenleiter für Internationale Beziehungen für DPV und bdfj sowie Chefredakteur Digital des journalistenblatt. Er gilt als Terrorismusexperte und arbeitet seit vielen Jahren als freier Print- und TV-Journalist unter anderem für das ZDF. Er ist ebenfalls als Buchautor tätig. www.shamsulhaq.de*

Krankheitskosten steuerlich voll absetzbar

Von Gabriele Krink

Krankheitsbedingte Behandlungskosten können im Allgemeinen nur (beschränkt) als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden. Handelt es sich dabei jedoch um Folgekosten eines Unfalls auf dem Weg zur Arbeit, sind die Aufwendungen Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben.

Die steuerliche Behandlung von Unfallkosten ist seit jeher problematisch. Umstritten ist insbesondere die Frage, ob Sachschäden für Unfälle auf dem Weg zur Arbeit durch die Entfernungspauschale (0,30 €/Kilometer) abgegolten sind.

Während die höchstrichterliche Rechtsprechung dem „Steuervorteil" kritisch gegenübersteht, zeigt sich die Finanzverwaltung hier weitgehend kulant: Aufwendungen für Sachschäden am Fahrzeug o. Ä. werden als beruflich veranlasste Mobilitätskosten bei den Werbungskosten anerkannt. Selbständigen Journalisten steht ein entsprechender Betriebsausgabenabzug zu. Unfallbedingte Krankheitskosten wurden allerdings bislang nur vereinzelt berücksichtigt.

Beispiel:
Journalistin A. trug bei einem Autounfall auf dem Rückweg von ihrer Arbeitsstätte schwere Verletzungen im Gesicht davon und musste direkt danach am Nasenbein operiert werden. Ein Jahr später war eine weitere Operation erforderlich. Die zuständige Berufsgenossenschaft übernahm die Kosten nach den für den Sozialversicherungsträger geltenden Sätzen. Die über diese Sätze hinausgehenden Kosten der Operationen sowie weitere Behandlungskosten (inklusive Fahrtkosten) machte A. als Werbungskosten geltend.

Oberstes Steuergericht lenkt ein

In einem vergleichbaren Fall hat das Finanzamt die Werbungskosten nicht berücksichtigt, weil es die Krankheitskosten nicht als unmittelbare Unfallkosten ansah. Nachdem auch die Klage vor dem Finanzgericht in erster Instanz ohne Erfolg geblieben war, hat der Bundesfinanzhof (BFH) die Krankheitskosten allerdings steuerlich als Werbungskosten berücksichtigt (Urteil vom 19.12.2019, Aktenzeichen: VI R 8/18).

Die Richter betonten zwar erneut, dass klassische Unfallkosten – entgegen der Finanzverwaltungs-Auffassung – nicht neben der Entfernungspauschale als Werbungskosten absetzbar seien. Allerdings hat der BFH die unfallbedingten Operations- und Behandlungskosten gar nicht als „berufliche Mobilitätskosten" bzw. Unfallkosten eingestuft: Unfallfolgekosten für die Beseitigung oder Linderung von Körperschäden entstünden weder fahrzeug- noch wegstreckenbezogen. Vielmehr seien sie schlichtweg beruflich veranlasste Aufwendungen – und damit steuerlich abzugsfähig.

Nimmt man den BFH beim Wort, müsste die Abzugsmöglichkeit auch für andere, nicht fahrzeug- bzw. wegstreckenbezogene „Unfallschäden" gelten. Zu denken ist etwa an die Kosten für beschädigte Kleidung oder eine Brille.

Fahrten zur Redaktion

Das BFH-Urteil hat sich zwar konkret mit dem Werbungskostenabzug eines Arbeitnehmers befasst. Allerdings kann in diesem Zusammenhang für die Fahrten eines Selbständigen nichts anderes gelten. Deshalb sollten unfallbedingte Krankheitskosten als Betriebsausgaben geltend gemacht werden, wenn der Unfall auf der Fahrt zur Redaktion bzw. auf einer allgemein betrieblich veranlassten Fahrt passiert ist.

Zwar sind notwendige Krankheitskosten dem Grunde nach bereits als außergewöhnliche Belastungen abzugsfähig. Da sie insoweit allerdings stets um die zumutbaren Belastungen gekürzt werden (vgl. AWA 13/2017.S. 17), ist der Betriebsausgabenabzug regelmäßig günstiger.

Im Ernstfall können Krankenhauskosten steuerlich geltend gemacht werden

Foto: Pixabay/David Mark

Dipl.-Kffr. Gabriele Krink *ist seit langem als Steuerberaterin etabliert. Die Tätigkeits- und Interessenschwerpunkte ihrer Kanzlei liegen u. a. auf der Betreuung von freien Berufen und dem engagierten Beistand für fest angestellte Journalisten & Kommunikationsfachleute. Sie leitet federführend das Team, welches den Mitgliedern von DPV und bdfj im Rahmen der kostenfreien Steuerberatung kompetent zur Seite steht.*

Reporter-Legende Wallraff

Günter Wallraff. Undercover-Rollen sind sein Markenzeichen. Seit Jahrzehnten deckt Wallraff Missstände und Skandale in der Gesellschaft auf. Seine größten Erfolge: Als Redakteur Hans Esser arbeitete er undercover bei *BILD* und machte deren fragwürdige Arbeitsweisen öffentlich. Das dazugehörige Buch „Der Aufmacher" (1977) ist bis heute ein Millionenbestseller. Wenige Jahre später war er der „Türke Ali" und schuftete, verdeckt und an seine Grenzen gehend, in den Stahlwerken von „Thyssen". Seine Erfahrungen hielt er in „Ganz unten" (1983) fest – gelebte Zeitgeschichte und zudem mit fünf Millionen Exemplaren das meisterverkaufte Sachbuch im Nachkriegsdeutschland, es wurde in 38 Sprachen übersetzt.

Günter Wallraff war und ist seit Jahrzehnten für viele Journalisten ein Vorbild – nicht nur in Deutschland. In Schweden setzte man ihm schon vor mehr als 30 Jahren ein sprachliches Denkmal. So wie in der Medizin der Name Röntgen für medizinisches Durchleuchten steht, spricht man dort bei investigativen Recherchen, also dem gesellschaftlichen Durchleuchten, vom „wallraffen".

journalistenblatt traf den Vollblutjournalisten in den vergangenen 15 Jahren mehrfach zum Interview. Dieses Gespräch wurde im Juli 2020 in seinem Haus in Köln-Ehrenfeld geführt.

? Sie sind seit mehr als 50 Jahren einer der bekanntesten und couragiertesten Journalisten dieses Landes. Welche Bezeichnung trifft am genauesten auf Sie zu: Dokumentarschriftsteller, Investigativjournalist, Enthüllungsjournalist oder Undercoverjournalist?

! Es ist von allem etwas. Ich bin Reporter im ursprünglichen Sinne. Es gab Versuche, mich in den Bereich der Kunst zu verlagern, und ich wurde als Aktionskünstler bezeichnet. Das lehne ich ab. Das würde meine Arbeit eher verharmlosen.

? Mehr als fünf Jahrzehnte sind Sie in viele Rollen geschlüpft, um gesellschaftliche Missstände aufzuzeigen. Sie haben in einer Zeit begonnen, als die Industriereportage kaum jemand auf dem Zettel hatte. Sind Sie von Anfang an ganz bewusst gegen den Strom geschwommen?

! Die Industriereportagen waren nicht der Anfang meiner Arbeit. Ich veröffentlichte schon früh in einer Zeitschrift für experimentelle Lyrik und hatte erste Erfolge mit abstrakter Kunst. Meine eigentliche Arbeit habe ich – rückblickend gesehen – der Bundeswehr zu verdanken. Ohne die damalige Bundeswehr wäre mein ganzes berufliches Leben sicher völlig anders verlaufen – vielleicht leichter.

? Also Sie wären jetzt wirklich der Letzte, von dem ich ein Lob auf die Bundeswehr erwartet hätte. Können Sie das erklären?

! Ich war Kriegsdienstverweigerer, habe mich unter anderem auf pazifistische Literatur, auf die Bergpredigt und auf Ghandi berufen. Ich wurde aber trotzdem eingezogen und zehn Monate lang deren Willensbrechungsmethoden ausgesetzt, weil man mich zur Räson bringen wollte. Die Bundeswehr war damals noch von alten Nazis durchsetzt, da wurden alte Wehrmachtslieder gegrölt, und an manchen Standorten wählte jeder dritte Berufssoldat die NPD. So habe ich zehn Monate lang eine meiner längsten Rollen durchgehalten. Allerdings musste ich mich nicht verstellen, denn ich war in dieser Rolle immer ich selbst, habe immer dagegengehalten.

> „Ganz Unten" hat mich körperlich geschädigt, weil ich unter schlimmen Arbeitsbedingungen arbeiten musste. Aber die Rolle als BILD-Täter Hans Esser war die größere Schmutzrolle.

? Haben Sie ein Beispiel?

! Ich weigerte mich strikt, ein Gewehr in die Hand zu nehmen. Wenn wir durch Dörfer marschierten, wollte man mich der Lächerlichkeit aussetzen. Ich musste einen Tragestock schultern wie ein Kind, das Soldat spielt, und hinter den anderen hermarschieren. Ich habe mir dann einen Feldblumenstrauß an den Stock gebunden und hatte die Lacher auf meiner Seite. Anderes Beispiel: Durchsagen von Parolen. Eine ganz ernsthafte Angelegenheit, davon könnten Leben und Tod im Ernstfall abhängen, so der Hauptmann bei der Kompaniebelehrung am Vortag, bei der er uns auch Ratschläge für Maßnahmen nach einer Atombombenexplosion gab: „Schon eine vorgehaltene Zeitung schützt vor dem Blitzlicht, von einem Erdloch ganz zu schweigen. Sie wissen ja gar nicht, wie gut Erde isoliert." Wir saßen also im Schützengraben, einer musste dem Nächsten die jeweilige Parole durchflüstern. Die Parole war: „Sieben feindliche Panzer von Südsüdost auf eigene Stellung zubewegend. Fertig machen zum Sturmangriff!" Als ich an der Reihe war flüsterte ich weiter: „Abwurf der A-Bombe hundert Meter östlich. Kopf in den Sand, Zeitung drauf." Der Letzte notierte es auf einem Zettel und überreichte es dem Ausbilder. Der warf mir einen wütenden Blick zu und drohte mir mit der Faust. Nach derartigen Vorfällen wurde ich in eine Strafkompanie versetzt. Über diese Erlebnisse führte ich Tagebuch und schickte Auszüge an Heinrich Böll und die Zeitschrift *Twen*.

? Wurde das in der Kompanie bekannt?

! Mein Spind wurde aufgebrochen und die Texte als Beweismittel sichergestellt. Der Kompaniechef zitierte mich zu sich, ▶

Günter Wallraff an der Remise hinter seinem Haus in Köln-Ehrenfeld

Foto: Bernd Lammel

Foto: Bernd Lammel

legte mir ein Revers vor und bot mir einen Deal an: „Sie unterschreiben, dass Sie Veröffentlichungen über die Bundeswehr unterlassen, dann werden Sie sofort entlassen und brauchen auch keinen Ersatzdienst mehr zu leisten." Acht Monate wären es noch gewesen. Ich entgegnete – und dabei schaute mir wieder mal Schwejk über die Schulter: „Wirklich sehr freundlich, aber dafür habe ich hier schon zu viel erlebt. Ich finde das alles sehr spannend und lehrreich. Ich würde mich doch sehr gerne bis zum Ende als Kompanieschreiber nützlich machen. Bitte geben Sie mir die Chance…" Um mich und die geplante Veröffentlichung unglaubwürdig zu machen, wurde ich wenige Tage später in die geschlossene psychiatrische Abteilung des Bundeswehrlazaretts zu Koblenz eingewiesen. Nach einigen Wochen wurde ich mit dem Etikett oder besser mit dem Ehrentitel „abnorme Persönlichkeit, für Frieden und Krieg untauglich, Tauglichkeitsgrad sechs" wieder in die Freiheit entlassen. Die Tagebuchaufzeichnungen aus der Bundeswehr erschienen kurz darauf in zwei Folgen in *Twen* und später erweitert als Buch mit einem Vorwort von Heinrich Böll.

? Wie ging es mit Tauglichkeitsgrad ‚sechs' weiter?

! Danach bin ich nicht in meinen erlernten Beruf des Buchhändlers zurückgekehrt, sondern zunächst ein halbes Jahr durch Skandinavien getrampt und habe das Leben mit Obdachlosen geteilt. Das war 1964. Danach habe ich bald die ersten Fabrikarbeiten angenommen – um Geld zu verdienen, aber auch, um darüber zu schreiben. Meine erste Industriereportage war „Das Fließband" bei Ford. Dort hatte mein Vater in der Lackhölle seine Gesundheit ruiniert, weil es so gut wie keinen Gesundheitsschutz gab. Ich bewarb mich und wollte unbedingt am Fließband anfangen. Im Personalbüro meinte man es gut mit mir: „Sie haben doch das Gymnasium besucht, wieso wollen Sie ans Fließband? Sie können im Büro anfangen, dort werden Sie auch besser bezahlt, am Fließband arbeiten doch nur Ausländer." Damals hauptsächlich italienische „Fremdarbeiter". Ich bestand auf den Job am Band und schrieb die erste Industriereportage.

> Ich war Kriegsdienstverweigerer, wurde aber trotzdem eingezogen und zehn Monate lang den Willensbrechungsmethoden ausgesetzt, weil man mich zur Räson bringen wollte.

? Wo haben Sie Ihre Industriereportagen veröffentlicht?

! Zuerst in der Zeitschrift der IG Metall. Natürlich gab es entsprechende Reaktionen, es gab Prozesse und Versuche, die Veröffentlichungen zu verhindern. Mir wurde von Unternehmerseite vorgeworfen, es wäre Lug und Betrug an meinen Arbeitskollegen, aber die standen hinter mir und ermutigten mich.

? Springen wir ins Jahr 1983. Wie kamen Sie dazu, in der Rolle des Türken

Fotos: Günter Zint

Günter Wallraff, der bei *BILD* Hannover Hans Esser war (1977)

Ali für Ihr Buch ‚Ganz unten' malochen zu gehen?

! Ich wohne in Köln-Ehrenfeld, einem Viertel, in dem damals mehrheitlich ärmere Menschen wohnten und viele sogenannte Gastarbeiter. Mit einigen hatte ich Kontakt oder war befreundet. Ich hörte immer wieder von untragbaren Arbeitsbedingungen, Ausbeutung und rassistischen Vorfällen. Diese Missstände wollte ich selbst erleben und dokumentieren. Ich hatte die Rolle vier Jahre lang intensiv vorbereitet, denn ich war damals schon über 40 Jahre und musste mich in einen Mitte-Zwanzigjährigen „verwandeln", sonst hätte ich diese Jobs nicht bekommen.

? Wie haben Sie eine „Verjüngung" um 20 Jahre geschafft?

! Ich war gut trainiert, nicht nur im Ausdauertraining, lief den Marathon damals in zwei Stunden fünfzig, und habe Krafttraining gemacht. Für die türkischen Kollegen in der Maloche war ich absolut authentisch.

? Ist die Undercover-Person ‚Türke Ali' die Rolle, die Ihnen am meisten gelegen hat?

! Es ist die Rolle, die mich wohl am meisten geprägt hat. Als Jugendlicher schrieb ich in mein Tagebuch: „Ich bin mein eigener heimlicher Maskenbildner, warte darauf, die Maske zu finden, die sich mit meinem ursprünglichen Gesicht deckt." Das Verlangen, mich selbst in den Rollen, die ich annehme, neu zu finden, und das Bedürfnis, nicht mehr ohnmächtig zu sein, waren sicher auch Antrieb für meine Verwandlungen. In meinen längerfristigen Rollen, zum Beispiel als türkischer Arbeiter, habe ich geträumt, als wäre ich wirklich diese Person. Ich war Ali und ich war Günter, in manchen Situationen musste ich überlegen, wer ich gerade bin.

? Hätten Sie nicht jederzeit auffliegen können?

! Das war tatsächlich meine größte Angst. Hätte mich jemand erkannt, wäre alles umsonst gewesen. Hinzu kam, dass ich kein Türkisch sprach. Ich musste mir eine Legende ausdenken, die nachvollziehbar war. Meinen türkischen Kollegen habe ich gesagt, ich sei bei meiner griechischsprachigen Mutter aufgewachsen. Vater Kurde, die Ehe früh getrennt, deshalb hätte ich kein Türkisch gelernt. Einer der Kollegen war misstrauisch und forderte mich auf: „Ich will dich mal Griechisch sprechen hören." Zum Glück konnte ich noch den Anfang der Odyssee auf Altgriechisch aufsagen, weil ich auf dem Gymnasium in einer Altgriechisch-Klasse war – man lernt im Leben nie umsonst! Es hat geklappt, die Tarnung flog nicht auf.

? War die Industriereportage „Ganz unten" Ihr Durchbruch als investigativer Reporter?

! Nein, bereits 1974 war „Ihr da oben, wir da unten" zusammen mit Bernt Engelmann ein Bestseller und in viele Sprachen übersetzt, in dem ich unter anderem den ▶

Akkorddruck bei Fichtel und Sachs und die militärischen Führungspraktiken bei Melitta dokumentierte oder als Portier und Bote im Kölner Gerling-Konzern arbeitete. Eine noch anhaltendere Wirkung erzielte ich mit drei Büchern über die *BILD*-Zeitung, vor allem als Bild-Reporter Hans Esser in „Der Aufmacher" 1976/1977. Dieses Buch erreichte auch international hohe Auflagen.

? Wie sind Sie dazu gekommen, sich bei der *BILD*-Zeitung zu bewerben?

! Ich hatte zuvor schon immer wieder Geschichten der *BILD*-Zeitung nachrecherchiert und deren Lügen und Manipulationen veröffentlicht. Dadurch waren mir deren Rufmord-Methoden vertraut. Aber ich wollte sie mit meinen ureigenen Möglichkeiten überführen. Mir wurde klar, das kann ich nur erreichen, wenn ich vorübergehend Mittäter werde.

? Sie haben sich von Günter Wallraff in Hans Esser „verwandelt" und fanden sofort „Einlass" in der Redaktion von *BILD*?

! Ich „verwandelte" mich mit einfachen Mitteln, etwa einer anderen Brille, Anzug und Krawatte, glattrasiert und ohne Schnauzbart – das war noch ein Relikt meiner Verkleidung als Bote im Gerling-Konzern – lieh mir Namen und Papiere meines Freundes Hans Esser aus und bewarb mich beim Redaktionsleiter.

? Mit welcher Legende?

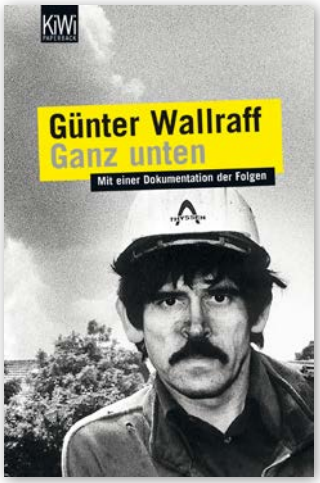
! Ich beeindruckte den Redaktionsleiter, indem ich behauptete, ich hätte zuvor in der Werbung gearbeitet und sei Leutnant bei der psychologischen Kriegsführung gewesen. Da strahlte der und meinte: „Ja, so jemanden können wir hier gut gebrauchen, Sie sind unser Mann." Zum eigentlichen Einstellungsgespräch zitierte er mich am nächsten Tag zu sich nach Hause, verwandelte seine Penthouse-Wohnung in einen Schießstand und stellte ein Gewehr bereit.

? Wollte er, dass Sie Ihre Schießkünste unter Beweis stellen?

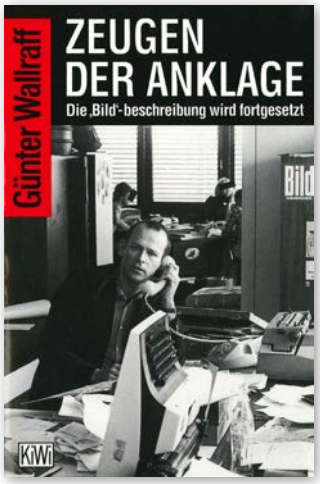
! Ja, und damit brachte er mich in Verlegenheit und größte Schwierigkeiten. Ich hatte noch nie ein Gewehr in der Hand gehalten, denn ich war und bin, wie schon gesagt, Pazifist. In äußersten Notlagen fällt mir oft spontan das Rettende ein. Ich sagte: „Es ist kein Zufall, dass ich bei der psychologischen Kriegsführung und nicht bei der kämpfenden Truppe gelandet bin, denn ich habe so einen Knick in der Optik." Beim nächsten Mal würde ich mein Spezialge-

Foto: Bernd Lammel

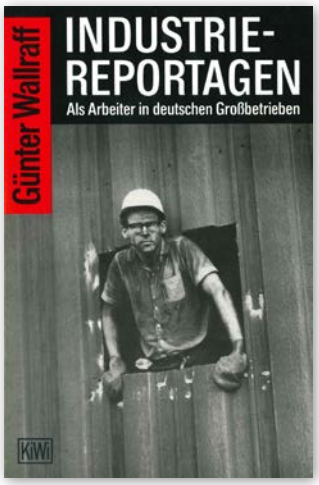
Der Aufmacher
Kiepenheuer & Witsch
www.kiwi-verlag.de
ISBN: 978-3-462-04487-4
Preis: 8,99 Euro



Ganz unten
Kiepenheuer & Witsch
www.kiwi-verlag.de
ISBN: 978-3-462-30591-3
Preis: 8,99 Euro



Zeugen der Anklage
Kiepenheuer & Witsch
www.kiwi-verlag.de
ISBN: 978-3-462-01540-9
Preis: 6,95 Euro



Industriereportagen
Kiepenheuer & Witsch
www.kiwi-verlag.de
ISBN: 978-3-462-02143-1
Preis: 6,95 Euro

wehr mitbringen, das hätte eine spezielle Vorrichtung, mit der ich zielgenau treffen könnte.

? Wie beurteilen Sie rückblickend die Arbeit bei *BILD* im Vergleich zum Malocher-Job bei Thyssen?

! „Ganz Unten" hat mich körperlich geschädigt, weil ich, wie meine Kollegen, die Leiharbeiter, unter schlimmen Arbeitsbedingungen, in Giftstäuben und ohne Schutzmaske, arbeiten musste. Aber die Rolle als *BILD*-Täter Hans Esser war die größere Schmutzrolle. Es war Verleugnung und Selbstverleugnung, und ich musste mich einer Art Gehirnwäsche unterziehen. Obwohl ich mich in der Redaktion oft rargemacht und versucht habe, die ganz schlimmen Aufträge zu verweigern, war ich anschließend psychisch ziemlich angeschlagen.

? Was war besonders schlimm?

! Das sogenannte Witwenschütteln oder wenn Kinder Opfer eines Sexualmordes wurden und die Eltern nicht bereit waren, einem Reporter der *BILD* ein Foto ihres Kindes herauszugeben. Dann hörten die Eltern den Standardsatz: „Wenn Sie uns das Foto nicht freiwillig geben, wir haben auch Fotos aus dem Leichenschauhaus, und das sieht dann gar nicht so gut aus." Ich bin in solchen Fällen heimlich zu den Eltern gegangen und habe ihnen geraten: „Weigern Sie sich unbedingt, ein Foto herauszugeben."

? Die Rolle des Hans Esser hatte durchaus juristische Folgen …

> Es ist ein Riesenproblem – und gefährlich für die Demokratie –, wenn Journalisten nach Pressesprecher-Jobs schielen, wenn Journalismus durch Zeitungssterben und Auflagenrückgang immer prekärer wird.

! …ja, und zwar ganz massiv. *Springer* hat im ersten Schritt versucht, die Rechtskosten in die Höhe zu treiben. Die haben nicht einen Prozess geführt, sondern zahlreiche Prozesse in Salamitaktik stückchenweise. Ich habe dann natürlich nachgeschoben und immer wieder ein weiteres Buch neuaufgelegt. Ich hatte schließlich viel mehr erlebt und ausreichend Stoff – deshalb gibt es 16 verschiedene Ausgaben vom „Aufmacher".

? Sie haben die ersten Prozesse alle verloren?

! Richtig. Das war allerdings von Anfang an zu erwarten, weil der vorsitzende Richter Engelschall in Hamburg immer wieder im Sinne von *Springer* argumentierte. In einer Verhandlung offenbarte er sich: „Das Buch ist ein Skandal, es hätte nie erscheinen dürfen." Er sprach in den Verhandlungen und Urteilsbegründungen vom „Tatbestand des Einschleichens", obwohl ein solcher Tatbestand in keinem Gesetz existiert.

Interessant war auch, dass der Richter im Hause *Springer* verkehrte und seine einzige Tochter nach dem Prozess Redakteurin bei der *BILD*-Zeitung wurde. Jahre später gründete er zusammen mit Matthias Prinz, dem Sohn des ehemaligen Chefredakteurs der *BILD*-Zeitung und *Springer*-Verlags-Vorstands Günter Prinz, eine eigene Kanzlei unter dem Namen Prinz-Neidhardt-Engelschall.

? Sie sind immer in Berufung gegangen?

! Nach jedem verlorenen Prozess gegen *Springer* haben mein Verlag und ich Berufung eingelegt. Zu meiner großen Erleichterung hat der Bundesgerichtshof dann ein Grundsatzurteil im Sinne einer freien Presse gesprochen, auf das sich heute alle Journalisten berufen können…

? …und welches das Bundesverfassungsgericht bestätigt hat.

! Seitdem existiert im Medienrecht der Begriff „Lex Wallraff", der besagt: „Wenn es um gravierende Missstände geht, hat die Öffentlichkeit das Recht, darüber informiert zu werden, auch wenn die Informationen verdeckt, das heißt, unter Vortäuschung einer anderen Identität erlangt worden sind." Das Gericht sprach in der Urteilsbegründung von „Fehlentwicklungen eines Journalismus, der die Aufgabe der Presse und ihre Verantwortung aus dem Auge ver- ▶

Mein Tagebuch aus der Bundeswehr
Kiepenheuer & Witsch
www.kiwi-verlag.de
ISBN: 978-3-462-02206-3
Preis: 8,99 Euro

Ich – der andere
Kiepenheuer & Witsch
www.kiwi-verlag.de
ISBN: 978-3-462-03167-6
Preis: 8 Euro

Die Lastenträger
Kiepenheuer & Witsch
www.kiwi-verlag.de
ISBN: 978-3-462-04625-0
Preis: 14,99 Euro

Aus der schönen neuen Welt
Kiepenheuer & Witsch
www.kiwi-verlag.de
ISBN: 978-3-462-04315-0
Preis: 9,99 Euro

loren" habe. Vor diesem Hintergrund müsse meine Methode legitim sein.

? Wie erklären Sie sich die Tatsache, dass die *BILD*-Zeitung noch immer so viel Einfluss hat oder warum sie von *Tagesschau* bis *FAZ* immer noch zitiert wird?

! Erstens scheint *BILD* noch immer gute Kontakte zu haben, und sicher spielt auch die Verbreitung eine Rolle – obwohl die Auflage weiter sinkt, verbreitet *BILD* immer noch Angst und Schrecken. Und: Mit dem Weggang von Diekmann sitzt jetzt offensichtlich ein hartgesottener Hardliner auf dem *BILD*-Chefsessel.

? *Der Spiegel* titelte im Juni in der Berichterstattung zum Virologen Drosten, dem *BILD* in üblicher *BILD*-Manier übel mitspielen wollte: „Reichelt und sein Fassbombenkommando" – was nicht gerade schmeichelhaft ist.

! Reichelt hat zwar 2016, als Merkel die Devise „Wir schaffen das!" ausgab, eine sehr eindringliche Reportage über die „vergessenen Kinder von Aleppo" veröffentlicht. Nun, da er bei *BILD* das Sagen hat, rechtfertigt er noch die schlimmsten *BILD*-Exzesse der Vergangenheit.

? Stichwort Finanzierung des Journalismus. Nicht erst seit Corona wird die Situation für Journalisten in Deutschland immer prekärer. Viele können von ihren Honoraren nicht mehr leben und stehen vor der Wahl: raus aus dem Journalismus und rein in die PR. Welche Gefahren sehen Sie für die vierte Macht im Staat, wenn Journalisten nur noch gut bezahlte PR machen und den Finger nicht in die Wunde legen, um gesellschaftliche Missstände aufzudecken, wie Sie das in den vergangen 55 Jahren getan haben und immer noch tun?

! Es ist natürlich ein Riesenproblem, und es ist gefährlich für die Demokratie, wenn Journalisten nach Pressesprecher-Jobs schielen, wenn Journalismus durch Zeitungssterben und Auflagenrückgang immer prekärer wird. So bleibt der Idealismus, den man für den Beruf eines investigativen Reportes braucht, auf der Strecke. Trotzdem gibt es keine Alternative. Es braucht unabhängigen und kritischen Journalismus. Viele, besonders Jüngere, suchen den Kontakt zu mir, weil sie sich aus idealistischen Motiven engagieren wollen, obwohl die Zukunftsaussichten düster sind.

? Idealismus zahlt die Miete nicht…

! Richtig. Deshalb sollten sich Journalisten untereinander vernetzen. Es gibt überall Missstände aufzudecken und spannende Geschichten zu erzählen, aber Journalisten müssen auch bereit sein, Risiken einzugehen. Natürlich weiß ich aus eigener Erfahrung, dass es ein steiniger Weg ist, der viel Kraft und Durchhaltevermögen braucht. Wer es schafft, mit gut recherchierten Geschichten Unrecht aufzudecken, wird ernst- und wahrgenommen. Vor über 50 Jahren, als ich mit meiner eigentlichen Arbeit begann, waren die Zeiten auf eine andere Art und Weise schwierig, aber ohne Durchhaltevermögen hätte ich nichts bewirken können. Anfeindungen und Prozesse sah ich als Herausforderung und empfand sie als Bestätigung, obwohl sie auch finanziell belastend waren und viel Zeit gekostet haben.

> In meiner längerfristigen Rolle als türkischer Arbeiter habe ich geträumt, als wäre ich wirklich diese Person. Ich war Ali und ich war Günter, in manchen Situationen musste ich überlegen, wer ich gerade bin.

? Stichwort Rassismus. In Deutschland gibt es zurzeit eine Rassismus-Debatte, ausgelöst durch die Polizeigewalt gegen George Floyd und die allgemeine Situation von Schwarzen in den USA – bei einem Präsidenten, der nicht anerkennt, dass es in seinem Land ein Rassismus-Problem gibt…

! …weil er ein bekennender Rassist ist, und der Begriff ist fast noch zu harmlos. Er fällt in die Kategorie „gemeingefährlicher Irrer", wie ihn jetzt auch seine Nichte, eine promovierte Psychologin, in ihrem Buch „Zu viel und nie genug…" gekennzeichnet hat. Er appelliert an die niedersten Instinkte seiner Anhängerschaft. Erinnern wir uns an die Aussage vor etwa drei Jahren, als Trump sich brüstete: „Ich könnte quasi mitten auf der 5th Avenue stehen und jemanden erschießen, und würde trotzdem keine Wähler verlieren." Der Mann zeigt Allmachtsphantasien, die andere Rassisten unter seinen Anhängern dazu ermuntern, ebenso gemeingefährlich zu sein. Sollte er die nächste Wahl verlieren und seine Niederlage nicht anerkennen, besteht die Gefahr eines Bürgerkriegs, weil seine Anhänger weitgehend bewaffnet sind. Schon jetzt schickt er hochgerüstete Bundespolizisten in einzelne demokratische Städte, etwa nach Portland, und droht, sie so lange dort einzusetzen, bis die lokale Polizei „die Reinigung" der Stadt von „Anarchisten und Agitatoren" beendet habe.

? Der *rbb* hat im Juni mit Andreas Kalbitz von der AfD ein Interview geführt, das von fast allen Medien massiv kritisiert wurde. Es gab diese harsche Kritik vor allem deshalb, weil sich Kalbitz in einem öffentlich-rechtlichen Sender keinen harten Fragen stellen musste, sondern sich als Opfer des Verfassungsschutzes inszenieren durfte. Macht eine solche Berichterstattung in einem öffentlich-rechtlichen Sender Leute wie Kalbitz salonfähig?

! Bisher konnte ich in den öffentlich-rechtlichen Sendern eine klare und kritische Berichterstattung gegenüber der AfD – besonders gegenüber dem sogenannten Flügel – beobachten. Natürlich braucht die AfD ein ganz klares demokratisches Stoppschild. Wehret den Anfängen, kann ich nur sagen, sonst werden Schleusen geöffnet und die Zuschauer könnten meinen: Schaut mal, die haben den so nett interviewt, so schlimm kann der nicht sein. Aber Kalbitz ist neben Höcke einer der Allerschlimmsten. Es ist nicht die Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Anstalten, solche Politiker zu verharmlosen. Es stellt sich hier aber auch die Frage, ob die Journalistin, die das Interview geführt hat, überfordert war. Oder, was natürlich viel schlimmer wäre, war es Kalkül, mit dem Interview ein bestimmtes Publikum zu bedienen? Das wäre allerdings die schlimmste Variante. Und: Der *rbb* hätte warten können, bis die Frage geklärt ist, ob Kalbitz überhaupt Mitglied der AfD bleibt, bevor er ein Sommerinterview an einem See führt, in dem sich Kalbitz als harmloser Politiker inszenieren kann. Ein so unreflektiertes und unkritisches Interview legitimiert Rechtsradikale und macht sie populär.

? Haben Sie Ähnliches bei Ihren eigenen Recherchen erlebt?

! Ich werde hin und wieder von Journalistenschulen eingeladen und erlebe dort weitgehend aufklärerischen Unterricht. Aber es gab Ausnahmen. Ausgerechnet eine der größten Journalistenschulen, die von Gruner + Jahr, leitete ein Mensch, dessen Weltbild von reaktionärstem Gedankengut nur so triefte. Der höchstangesehene, hochgebildete, mit Preisen bedachte und als Talkshow-Moderator brillierende ehemalige Welt-Chefredakteur Wolf Schneider.

Der ließ seinen innersten Überzeugungen im Unterricht freien Lauf (mir liegen eidesstattliche Erklärungen einiger seiner Schüler vor) und dozierte: „Die Neger sind nun mal nicht so intelligent wie die Weißen, weil sie nur auf Körperkraft hin gezüchtet worden sind. Wenn der Schöpfer doch so offensichtlich alle Menschen äußerlich verschieden gemacht hat, was die Hautfarbe, Beinlänge, den Augenausschnitt usw. angeht, warum sollte er dann die Intelligenz auf einer Goldwaage abgemessen haben?" Da läuft es einem kalt den Rücken runter. Ich habe etliche seiner Lehrsätze in mehreren Büchern mit hoher Auflage veröffentlicht, aber das hat seiner Popularität keinen Abbruch getan.

? Hans Esser und der Türke Ali sind zwei Figuren der Zeitgeschichte geworden. Welche Undercover-Rollen waren für Sie noch wichtig?

! Am prägendsten waren für mich die Erfahrungen, die ich 1974 als politischer Häftling in Griechenland machte. Um politische Gefangene aufzuspüren, die während der Militärdiktatur in Griechenland als verschollen galten, und um die Zustände im Land stärker ins Bewusstsein der Menschen zu bringen, reiste ich nach Athen. Ich kettete mich auf dem Syntagma-Platz vor dem weggeputschten Parlament an einen Lichtmast und begann Flugblätter zu verteilen. Sofort waren Geheimpolizisten da und schlugen mich noch an Ort und Stelle zusammen. In den Verhören wurde ich gefoltert. Mir war aber immer wichtig, Rollen und Themen aufzugreifen, in denen Missstände aufgedeckt werden.

Ich übernehme heute beim „Team Wallraff" bei *RTL* aber seltener eigene Undercover-Rollen, wie zuletzt etwa in Alten- und Pflegeheimen, als Paketfahrer oder fürs *ZDF* in einer Großbäckerei, als Callcenter-Agent oder Obdachloser. Inzwischen arbeite ich im „Team Wallraff" mit jüngeren, sehr engagierten Kollegen zusammen. Caro Lobig, eine junge Kollegin, hat sich zum Beispiel mit einem von mir finanzierten Stipendium bei Zalando eingeschleust, um die dortigen Arbeitsbedingungen zu dokumentieren. Sie hat drei Monate ausgehalten und eine meisterhafte Reportage veröffentlicht und diese auch filmisch umgesetzt. Ihre Reportage ist neben Insider-Berichten von anderen Stipendiaten im Buch „Die Lastenträger" erschienen, das ich herausgegeben habe.

? Eine letzte Frage noch, die viele Leser bewegt: Wie können Sie sich erklären, dass Sie in Ihren Rollen nie jemand erkennt?

! Vielleicht habe ich so ein Allerweltsgesicht und kann mich sehr zurücknehmen. In der jeweiligen Rolle ist die Enttarnung oft meine Hauptsorge. Das verfolgt mich bis in meine Träume. Gleich am ersten Tag der Recherche als Schwarzer – für meinen Film „Schwarz auf Weiß" – die als einjährige Reise durch Deutschland geplant war, sagte mir ein Mann in Magdeburg auf den Kopf zu: „Herr Wallraff, ich kenne Sie." Da dachte ich: Jetzt ist alles zu spät. Der hatte mich tatsächlich an der Stimme erkannt. Aber er hat mich nicht auffliegen lassen. Sonst ist es – zu meiner eigenen Verwunderung – immer gut gegangen. Es gelingt mir immer wieder, durch äußerliche Veränderungen, unerkannt zu bleiben. Wenn man zum Beispiel eine Uniform trägt oder ein Kleidungsstück, das „entwertet", dann schauen einem Menschen nicht mehr ins Gesicht. Dann ist man ein Anonymus.

Das Interview führte
Bettina Schellong-Lammel

Foto: Bernd Lammel

Stoßlüften für Soloselbstständige

Ein Jahr Beschäftigung mit „Coronahilfen“

Von Astrid Sonja Fischer

Gegenzug – der schnellste Weg, die warme Luft der Wohnung in kalte zu verwandeln. Danach fühlt man sich etwas frischer, ansonsten ist aber alles wie vorher. Ganz ähnlich ziehen auch die Coronahilfen für Soloselbstständige an den Antragstellern vorbei und landen bei deren Dienstleistern. Für echte Unterstützung bräuchte es weniger komplizierte Anträge und mehr Pragmatismus.

Aus der Ausnahme wurde Normalität: Freiberufler, bei denen aufgrund des Lockdowns die Aufträge im Coronajahr ausblieben, konnten sich in den vergangenen Monaten intensiv mit der Beantragung von staatlicher Unterstützung beschäftigen: Soforthilfe, Überbrückungshilfe, Novemberhilfe, Dezemberhilfe standen bereit.

Obwohl die Zulassungsbedingungen für die Hilfspakete im Laufe des Jahres immer wieder – sogar rückwirkend – verändert wurden, bleibt es dabei: Sie passen nicht zur Lebensrealität von Freiberuflern. Die Bedingungen, mit denen die staatlichen Hilfen verknüpft werden, müssen von Menschen erdacht worden sein, die sich auch in den Pandemiezeiten keine Sorgen um ihren Lebensunterhalt machen oder machen müssen.

Das ist zugegebenermaßen ein harter Vorwurf. Aber die Erfahrungen mit den Anträgen machen es schwer zu glauben, dass der Sinn solcher Hilfsprogramme über eine PR-Kampagne im „Bazooka-Stil“ hinausgeht. Die Realität lässt einen eher an das Prinzip „Stoßlüften“ denken.

Ankündigung von unbürokratischer Soforthilfe

Vor einem Jahr sah es zunächst ganz vielversprechend aus. Unter dem Schock einer Ausnahmesituation wurde im März 2020 für Freiberufler und Soloselbstständige eine unbürokratische Soforthilfe angekündigt, die Umsatzeinbußen aufgrund der Pandemie berücksichtigen sollte. Das klingt nach einem Ausgleich für Stornierungen, also nach einem finanziellen Ersatz für bereits erteilte Aufträge, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nicht mehr ausgeführt werden konnten, weil zum Beispiel Veranstaltungen nicht mehr stattfinden durften.

Nach wenigen Wochen wurden die Kriterien für die Inanspruchnahme der Soforthilfen geändert: Von einem Ausgleich für entgangene Umsätze war keine Rede mehr.

Jetzt ging es um Betriebskosten und den Nachweis eines konkreten Liquiditätsengpasses. Für das Hilfspaket der „Novemberhilfe“ kam dann als neues Zulassungskriterium der Umsatzeinbruch im Vergleich zum Vorjahr hinzu. Die Antragstellung war nur durch einen Steuerberater möglich. Sogar diese Fachleute brauchten erst eine Schulung, um den Antrag korrekt stellen zu können – die sie ihren Mandanten dann in Rechnung stellten.

Staatliche Unterstützung – für wen eigentlich?

Für die Novemberhilfe galt: Wenn ein Freiberufler die Zulassungskriterien des durchschnittlichen Umsatzeinbruchs erfüllte und die Ausgaben über den Einnahmen lagen, konnte er einen Teil der Fixkosten ersetzt bekommen. Genauer gesagt wurden bestimmte Kontoabbuchungen innerhalb eines Monats zum Teil übernommen, hinter denen länger laufende vertragliche Verpflichtungen stehen, wie Telefonverträge, Internet- oder Zeitungsabonnements. Theoretisch könnten das auch Leasingfahrzeuge, angemietete Geschäftsräume oder weitere Infrastrukturen ausmachen. Aber das dürfte bei Soloselbstständigen wohl eher eine Ausnahme sein.

> Durch die strenge Beschränkung auf bestimmte Ausgaben war klar, dass die Hilfsprogramme nicht die Soloselbstständigen selbst, sondern ihre Dienstleister begünstigten.

Durch die strenge Beschränkung auf bestimmte Ausgaben war klar, dass die Hilfsprogramme nicht die Soloselbstständigen selbst, sondern ihre Dienstleister begünstigten. Die staatliche Unterstützung greift erst in den Situationen, in denen sich der Freiberufler fragt, welche Abos oder Mitgliedschaften er kündigen kann, um langfristig Fixkosten zu senken. Auch wenn öffentlich kommuniziert wurde, dass den Freiberuflern durch den Staat geholfen werde, werden letztlich die Businessmodelle Dritter erreicht. Nach dem Motto: Einmal Stoßlüften, und alles bleibt wie gehabt.

Es sei jedem Dienstleister gegönnt, in Krisenzeiten weiterhin Geld zu verdienen. Aber im Sinne einer effizienten Verteilung von Steuergeldern sollte die Frage nach der

Zielrichtung eines solchen Hilfsprogramms erlaubt sein. Hinzu kommt, dass für die Unternehmen, die letztlich profitieren, möglicherweise eigene Hilfsprogramme aufgelegt werden. Oder sie haben ohnehin gerade Hochkonjunktur wie die Steuerberater.

Unabhängig davon, ob der Journalismus nun das Etikett „systemrelevant" trägt oder nicht – Medien sind als vierte Gewalt grundlegend für die Demokratie.

Journalismus ist kein Hobby

Um es klar zu sagen: Wegen seiner monatlichen Telefonrechnung hat nicht einmal ein Freiberufler schlaflose Nächte. Die großen Kostenblöcke liegen woanders: Da sind zunächst die Sozialversicherung, Altersvorsorge und betriebliche Versicherungen zu nennen. Hinzu kommt die Miete für die Wohnung, die gleichzeitig Homeoffice ist. Nebenbei sei bemerkt, dass der Freiberufler seine Tätigkeit nicht als Hobby verfolgt, sondern mit dem Ziel, seinen Lebensunterhalt und den seiner Familie davon zu bestreiten.

Nur mal als Gedankenspiel: Welcher Angestellte oder Beamte kann sich vorstellen, ein Jahr auf sein monatliches Einkommen zu verzichten und nur aus den Rücklagen für die Altersvorsorge zu leben? Könnte es sein, dass der Berufsalltag von freien Journalisten noch immer wenig präsent ist? Nun suggeriert das Wort „frei" ja auch die Abwesenheit von irgendetwas. Dabei meint es vor allem Flexibilität und Vielfalt verbunden mit der Bereitschaft, mit unterschiedlichen Auftraggebern zusammenzuarbeiten. Ein Homeoffice muss man zum Glück inzwischen niemandem mehr erklären.

Zurück zur Gegenwart. Die existenzbedrohende Wirtschaftslage ist für viele Journalisten Realität. Über Veranstaltungen aus den Bereichen Sport, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft, die nicht stattfinden, kann nicht berichtet werden. Bei den Verlagen sind die Anzeigen zurückgegangen, was letztlich weniger Aufträge an freie Mitarbeiter bedeutet. Hinzu kommt, dass die Honorare oft erst mit erheblichem Zeitverzug überwiesen werden. Auch wenn es morgen wieder „los" ginge, wäre noch eine Durststrecke von einem halben Jahr zu überwinden.

Neben der persönlich schwierigen Situation von freien Journalisten, gibt es auch noch gravierende Auswirkungen, welche die Gesellschaft als Ganzes zu tragen hat. Denn die Medienbranche würde ohne ihre freien Mitarbeiter nicht funktionieren. Unabhängig davon, ob der Journalismus nun das Etikett „systemrelevant" trägt oder nicht – Medien sind als vierte Gewalt grundlegend für die Demokratie. Dies gilt umso mehr in Zeiten von Informationsblasen und Verschwörungstheorien.

Astrid Sonja Fischer *arbeitet als freie Wirtschaftsjournalistin in Berlin und Brandenburg für verschiedene Fachmedien der Energiewirtschaft. Sie beschäftigt sich vor allem mit Fragen von Energiewende, Klimaschutz und Innovationen sowie der Umsetzung in einem marktwirtschaftlich ausgerichteten Rechtsrahmen. Ausgewählte Beiträge erscheinen in ihrem Blog unter https://astridsonjafischer.com.*

Mehr Flexibilität bitte: fünf Ideen

Wie kann es weitergehen? Ein staatliches Unterstützungsprogramm für Soloselbstständige muss nicht kompliziert sein. Es gibt viele Stellschrauben im System, die neu justiert werden könnten:

1. **Der Staat könnte für die Lockdown-Monate die Sozialversicherung vollständig übernehmen. Die Zahlen liegen vor, es wäre transparent und leicht umsetzbar und für den Freiberufler eine große Entlastung.**
2. **Eine monatliche Pro-Kopf-Pauschale von 500 Euro wäre ebenfalls ein unkomplizierter Beitrag. Davon wird niemand reich, aber es wäre in den Einkommensklassen, um die es hier geht, ein spürbarer Effekt.**
3. **Warum nicht die Einkommensteuer für ein Doppeljahr 2019/2020 veranlagen und so einen Ausgleich zwischen Gewinn und Verlust ermöglichen? Das wäre innerhalb der üblichen Verfahren umzusetzen und berücksichtigt, dass 2020 ein Ausnahmejahr war, was niemand antizipieren konnte.**
4. **Viele Festangestellte sind derzeit in Kurzarbeit. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Staat und nicht ihr Arbeitgeber für ihre Lebenshaltung aufkommt. Auch die Geschäftstätigkeit von Soloselbstständigen erlaubt derzeit keine Einnahmen für Lebenshaltung. Wie wäre es hier ebenfalls mit einer Möglichkeit zur Kurzarbeit?**
5. **Abgesehen von den existenzsichernden Maßnahmen, wäre auch eine Anerkennung der schwierigen Lage ein willkommenes Signal.**

In der Krise gewinnt der Pragmatismus. Das gilt für Notfallversorgung, Impfung, Kinderbetreuung und Existenzsicherung gleichermaßen. Die gute Nachricht ist: Dieses Potenzial ist noch lange nicht ausgeschöpft.

Datenschutz ist Menschenschutz

Von Albrecht Ude

Regelmäßig kommen von den Bundesregierungen verfassungswidrige Sicherheitsgesetze, die dann von Gerichten wieder kassiert werden. Das zeugt vom Unvermögen und Unwillen der Politiker, die technischen Gegebenheiten des Internets und der Digitalisierung anzuerkennen.

Theoretisch sind sich Politik wie Datenschützer einig: Nicht Daten müssen geschützt werden, sondern die Menschen, über die diese Daten etwas aussagen. Daten dürfen nur mit deren Einwilligung oder aufgrund von Gesetzen erhoben werden. Bürger haben Anspruch auf Information und gegebenenfalls Korrektur oder Löschung von Daten. So weit, so schön.

Tatsächlich aber haben etliche Vertreter der Politik und der Beamtenschaft dieses Staates ein massives Problem damit, diese Gedanken zu respektieren. Das zeigt sich auf einigen Themengebieten, in denen immer wieder Gesetze und Initiativen auf den Weg gebracht werden, die bürgerliche Freiheitsrechte einschränken sollen. Deren Weg endet dann meistens in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht.

Hier zeigt sich die eiserne Faustregel der Überwachung: Was an Überwachungsmaßnahmen technisch machbar und finanzierbar ist, das geschieht auch. Zumindest nach dem Willen maßgeblicher Akteure des Bundesministeriums des Innern (BMI), der Bundesregierung und des Europäischen Rates – unabhängig davon, wer dort gerade die politische Leitung hat.

Die üblichen Hebel, die in der populistischen Debatte zur Rechtfertigung solcher Gesetze immer wieder angeführt werden, sind Terrorismus, Kinderpornografie und Eigentumsrechte, zum Beispiel der Schutz des Urheberrechts. Lange wurde bevorzugt vor islamistischem Terror gewarnt, aber seit 2019 der Nazi Stephan Ernst den konservativen Politiker Walter Lübcke erschoss, taugt auch der Rechtsterrorismus wieder zum Bürgerschreck.

Verschlüsselungsverbote

Beispiele für solche Initiativen sind die Verschlüsselungsfreiheit, die Vorratsdatenspeicherung und als Jüngstes die Zensurfilter, die euphemistisch „Uploadfilter" genannt werden.

Verschlüsselung ist das älteste Feld, auf dem man den Gegensatz zwischen der Notwendigkeit der Betroffenen, ihre Daten zu schützen, und dem Willen der Angreifer, an diese Daten heranzukommen, beispielhaft sezieren kann. Ohne funktionierende Verschlüsselung ist eine funktionierende digitale Gesellschaft nicht denkbar. Ohne Verschlüsselung kein Online-Banking, keine elektronische Patientenakte, keine digitale Kommunikation… kein Vertrauen.

> Viele vernetzte Geräte sind leicht zu hacken, weil deren Hersteller die Sicherheit nicht ausreichend berücksichtigen.

Unknackbare Verschlüsselung ist beim gegenwärtigen Stand der Technik machbar und wird folglich auch eingesetzt.

Dabei gibt es immer zwei offene Flanken: zum einen Bedienungsfehler, etwa durch eine schlampige Implementierung seitens der Anbieter. Viele vernetzte Geräte sind leicht zu hacken, weil deren Hersteller Sicherheit nicht ausreichend berücksichtigen. Und wer denkt schon bei einem Auto oder gar einem Kühlschrank daran, dass da heutzutage selbstverständlich Computer eingebaut sind? Ebenso häufig sind Bedienungsfehler durch Anwender, etwa wegen beschämend schwacher Passwörter. Seit Jahren veröffentlicht das Potsdamer Hasso-Plattner-Institut Listen der „beliebtesten" deutschen Passwörter. Sie werden ermittelt durch die Analyse massenhaft gehackter Datensätze. Den Spitzenplatz der Deppenpasswörter Deutschlands belegt seit Jahren unverändert die Ziffernreihenfolge „123456". [1]

Die zweite offene Flanke sind sogenannte Brute-Force-Attacken, das Knacken eines Passwortes durch simples Ausprobieren mit ausreichender Rechenkapazität. Es gibt Schlüssel, die von den derzeit stärksten Rechnern in Milliarden von Jahren nicht geknackt werden können – trotz ständig steigender Rechnerleistung.

Allerdings wird auf Sicherheitskonferenzen derzeit sehr viel über Post-Quanten-Kryptographie diskutiert. Quantenrechner werden derzeit entwickelt, irgendwann werden sie die Rechenleistung konventioneller Computer bei weitem übertreffen. Deswegen werden neue Verschlüsselungsverfahren entwickelt. Sichere Verschlüsselung ist immer ein Wettlauf.

Ebenso ist sie aber ein Wettlauf zwischen Politik und Technologie. Es darf keine Geheimnisse geben, an die der Staat nicht herankommt – das scheint die Maxime vieler Politiker zu sein. Schon in den 90er-Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es Versuche, Verschlüsselungsprogramme zu verbieten. Schon 1997 haben Sicherheitsexperten die „Hamburger Erklärung für Verschlüsselungsfreiheit" verabschiedet. [2]

Aktuell gibt es in der Europäischen Union eine Initiative der deutschen Ratspräsidentschaft zur Entschlüsselung von Messenger-Diensten wie WhatsApp, Tele-

gram, Threema und anderen. Diese sollen gezwungen werden, Hintertüren („Backdoors") in ihre Verschlüsselung einzubauen, damit staatliche Ermittler die Kommunikation mitlesen können. Dagegen wehren sich nicht nur die betroffenen Firmen selbst, sondern etwa auch der Branchenverband Bitkom, in dem die deutsche Digitalwirtschaft organisiert ist. „Aus technischer Sicht ist Verschlüsselung binär – sie ist sicher oder eben nicht", stellt Bitkom in einer Grundsatzerklärung klar [3]. Einen „Mittelweg" kann es da nicht geben.

Das ist der Punkt, den die politischen Kreise seit je übersehen – oder genauer: sich weigern zu begreifen. Ein Haus ist entweder abgeschlossen, oder es steht eine Tür offen. Die steht dann eben jedem offen, nicht nur dem Hausbesitzer oder der Polizei. Alle bekannten Hintertüren wurden missbraucht – ohne Ausnahme! Bei den (noch) unbekannten dürfte es erst recht so sein. Die Initiative ist ungefähr so, als würde man alle Hausbesitzer verpflichten, einen Zweitschlüssel unter der Fußmatte zu deponieren.

Vorratsdatenspeicherung

Am 14. Dezember 2005 beschloss das Europäische Parlament nach auffallend kurzer Diskussion die Vorratsdatenspeicherung. Die Staaten der EU mussten Gesetze erlassen, mit denen die Kommunikationsprovider gezwungen wurden, die Metadaten der Kommunikation ihrer Kunden für sechs Monate auf Vorrat zu speichern. Metadaten, das sind Telefonnummern, IP-Adressen, Standortdaten. Die „Zeit Online" hat am Beispiel der Vorratsdaten des Grünen-Politikers Malte Spitz gezeigt, wie genau sich aus solchen Daten ein Bewegungsprofil erstellen lässt. [4]

Gegen das Gesetz wurden in Deutschland mehrere Verfassungsbeschwerden eingereicht*. 2010 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Vorschriften zur Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig. 2014 hob gar der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Vorratsdatenspeicherungs-Richtlinie wegen Verstößen gegen die Europäische Grundrechtecharta auf. Und dennoch stimmte der Bundestag 2015 erneut für die „Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten". Mehrere Klagen beim Verfassungsgericht dagegen sind anhängig*, derzeit ist die Umsetzung des Gesetzes durch die Bundesnetzagentur ausgesetzt.

Das oberste europäische Gericht und das oberste deutsche Gericht erklären diese Form der Massenüberwachung für grundrechtswidrig, aber die Politik beschließt neue Gesetze. Grundrechte sind die Rechte der Bürger gegen den Staat! Das scheint man in Behörden, Ministerien und Kabinetten zu ignorieren.

Zensurfilter

Im Zuge der Reform des Urheberrechts soll die Verbreitung bestimmter Inhalte in sozialen Netzen gestoppt werden. Solche Inhalte sind geschützte Werke wie Musikstücke, Filme oder Bilder. Der aktuelle Gesetzgebungsvorschlag nennt aber auch Hate-Speech und Terrorismus. Diensteanbieter wie soziale Netze wären dann verpflichtet, solche Inhalte gar nicht erst zu publizieren, also deren Hochladen („Upload") zu verhindern. Bisher müssen die Plattformen auf Rechtsverletzungen erst reagieren, wenn sie auf entsprechende Inhalte hingewiesen wurden.

Dabei soll es eine „Bagatellschranke" geben: nur kurze Ausschnitte, Zitate, Parodien, Karikaturen und Ähnliches. Wie diese konkret ausgestaltet werden soll, sorgt aktuell für Diskussionen.

Angesichts der Unmengen Materials, von dem da die Rede ist, müssen dafür Filter und Algorithmen eingesetzt werden. Diese sollen dann Inhalte automatisiert erkennen und die unerlaubten sperren. Und da die Plattformen schon für das Veröffentlichen haftbar sind, steht zu befürchten, dass sie ihre Filter sehr scharf konfigurieren und damit die Meinungsfreiheit einschränken.

Wer entscheidet, was eine unerlaubte Nutzung oder Äußerung ist? Das klären hierzulande bisher Gerichte im konkreten Fall. Nun sollen es Konzerne pauschal entscheiden. Immerhin können demokratische Rechtsstaaten darüber in freiem Gedankenaustausch debattieren und parlamentarisch entscheiden. Ein Blick in die Volksrepublik China zeigt aber, dass Uploadfilter Zensurinstrumente sind. Dort wird sogar Pu der Bär ausgefiltert, seit Nutzer damit den Präsidenten Xi Jinping veralberten. [5]

Zu dem Problem der möglichen Zensur kommt das der Fehleranfälligkeit: „Immer wieder kommt es auch bei der freiwilligen Sperrung mutmaßlich terroristischer Inhalte zu Kollateralschäden. Besonders journalistische Berichte über Terrorismus oder Dokumentationen von Menschenrechtsverletzungen durch zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Syrian Archive sind regelmäßig von falschen Sperrungen betroffen", schreibt die ehemalige Politikerin der Piratenpartei Julia Reda auf netzpolitik.org. [6]

Berichte über fehlerhafte Sperrungen legalen Materials gibt es von vielen Plattformen, die Filter einsetzen. Fehlerfreie Filter sind auch nicht denkbar – wie gesagt, werden in konkreten Fällen die Entscheidungen durch Gerichte gefällt.

Hinzu kommt: Filter stärken die Macht der Großen im Netz wie Facebook und Google. Nur sie können sich deren Programmierung leisten. Darauf wies der Bundesdatenschutzbeauftragte Ulrich Kelber in einem Interview hin: „Dann laufen noch mehr Daten durch die Hände der großen amerikanischen Internetkonzerne, die dann noch mehr über alle Nutzer erfahren. Upload-Filter halten wir deshalb für falsch und gefährlich." [7]

Datenschutz ist Menschenschutz. Verschlüsselung funktioniert entweder ganz oder eben gar nicht. Massenüberwachung ist grundrechtswidrig. Uploadfilter sind Zensur.

In all diesen Fällen zeigt sich das Unvermögen oder eben der Unwille politischer Akteure, die technischen Gegebenheiten des Internets und der Digitalisierung erst einmal anzuerkennen und dann innerhalb dieser zu agieren. Das lässt für die Zukunft nichts Gutes ahnen.

* Offenlegung:
An einer dieser Klagen war und ist der Verfasser beteiligt.

[1] Hasso-Plattner-Institut: Die beliebtesten deutschen Passwörter 2020: tinyurl.com/1szk1inp
[2] Hamburger Erklärung für Verschlüsselungsfreiheit: tinyurl.com/1vrokktq
[3] Bitkom: Grundsatzerklärung des Bitkom zur Verschlüsselung: https://tinyurl.com/95fkfovm
[4] Zeit online: Verräterisches Handy: https://tinyurl.com/4jywpsqf
[5] Süddeutsche Zeitung: Pu der Bär ist in China in Ungnade gefallen: https://tinyurl.com/4w8ea9bb
[6] netzpolitik.org: Bundesregierung will Pflicht von Uploadfiltern in Terrorverordnung: https://tinyurl.com/58pyothq
[7] Süddeutsche Zeitung: „Upload-Filter halten wir für falsch und gefährlich": https://tinyurl.com/1w4gku8g

Albrecht Ude *ist Journalist, Researcher und Recherche-Trainer. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte sind die Recherchemöglichkeiten im Internet.*
www.ude.de

Wildlife Fotografien des Jahres

Der renommierte, bei Naturfotografen weltweit äußerst begehrte Wettbewerb um den Wildlife Photographer of the Year prämiert herausragende künstlerische Aufnahmen aus der Natur. Unter zehntausenden Teilnehmern, darunter Amateure und Profis, junge Nachwuchstalente und anerkannte Fotografen, werden Aufnahmen in unterschiedlichen Kategorien ausgewählt und der Naturfotograf des Jahres sowie sein junges Pendant ausgezeichnet. Pflanzenporträts, Unterwasserwelten, Tierfotografien oder Luftaufnahmen geben einen umfassenden Einblick in die Bandbreite der gegenwärtigen Tier- und Landschaftsfotografie. Die 100 besten Bilder der Sieger und der lobend Erwähnten des diesjährigen Wettbewerbs zeigt dieser Band nun samt informativen Begleittexten, die die Entstehungsumstände der Fotografien spannend beschreiben.

Das Natural History Museum in London verfügt über eine Sammlung von 70 Millionen Exponaten. Als führende Forschungsinstitution betreut es wegweisende Projekte in fast 70 Ländern. 300 Wissenschaftler forschen in den Abteilungen des Museums; ihr Ziel: das Leben auf der Erde, die Ökosysteme und die Gefahren, die ihnen drohen, besser verständlich zu machen.

Es gibt heute kaum einen Naturfotografen oder Naturliebhaber, der den Wettbewerb „Wildlife Photographer of the Year" nicht wenigstens dem Namen nach kennt. Er wurde 1964 ins Leben gerufen, und ist damit der älteste Wettbewerb seiner Art – und inzwischen auch der renommierteste.

Die hundert preisgekrönten Bilder bestechen nicht nur durch die schiere Schönheit der Natur, sondern regen auch zum Denken an über unseren Umgang mit der Natur als Ressource. 17 Kategorien, darunter ein Portfoliopreis sowie ein Preis für eine Naturfotojournalismus-Story spiegeln die enorme Themenvielfalt wider, die in der Natur zu finden sind.

Foto: Fotograf sh. BU/ Wildlife Photographer of the Year 2020

Wildlife Fotografien des Jahres – Portfolio 30
ISBN 978-3-95728-400-6
Preis: 35 Euro
www.knesebeck-verlag.de

Das Reich der Pflanzen und Pilze: Gabriel Eisenbrand (Kolumbien) „Komposition in Blau und Gelb"

Verhalten – Vögel:
Jose Luis Ruiz Jiménez (Spanien)
„Familie Haubentaucher bei Sonnenaufgang“

Unterwasserwelten:
Songda Cai (China)
„Der goldene Moment“

Junge Naturfotografen, 11–14 Jahre:
Sam Sloss (Italien, USA)
„Mundtot gemacht“

Verhalten – Amphibien und Reptilien:
Jaime Culebras (Spanien)
„Biologisches Gleichgewicht“

Tierporträts: Mogens Trolle (Dänemark)
„Der Poseur“

Fotos: Fotograf sh. BU/Wildlife Photographer of the Year 2020

Ich schaff's nicht mehr allein

Worauf Medienschaffende bei der Einstellung von Mitarbeitern achten sollten

Von Walther Bruckschen

Wer noch am Anfang seiner Selbstständigkeit steht, ist darauf bedacht, seine Fixkosten möglichst gering zu halten: Co-Working statt eigenem Büro, Mietauto bei Bedarf statt eigenem Wagen – und Kooperation mit anderen selbstständigen Dienstleistern in Projekten statt fest angestellten Mitarbeitern. Wer jedoch seine Aufträge nicht mehr alleine bewältigen kann, muss über die Einstellung von Mitarbeitern nachdenken.

Gerade in den ersten Jahren nach der Existenzgründung sind finanzielle Belastungen ein heikles Thema. Deswegen kann es durchaus sinnvoll sein, beim Personal nicht nur auf **Vollzeitbeschäftigte** zurückzugreifen. Je nachdem wie hoch der Bedarf an tatkräftiger Unterstützung ist, kommen folgende **alternative Beschäftigungsmöglichkeiten** infrage:

So sollte geprüft werden, ob vielleicht auch ein **Minijob** (unter 450 Euro/Monat) oder **Midijob** (zwischen 450,01 und 850 Euro/Monat) in Betracht kommt. Bei der ersten Variante zahlen Arbeitgeber lediglich eine pauschale Abgabe in Höhe von etwa 30 Prozent an die **Minijobzentrale** der Bundesknappschaft. Beim Midijob müssen Arbeitgeber maximal etwa 21 Prozent des Arbeitgeberentgeltes als Lohnsteuer bezahlen.

Auch eine **Teilzeitbeschäftigung** (20 bis 30 Stunden/Woche) kann sinnvoll sein. Die Kosten sind zwar in etwa die gleichen wie bei einer Vollzeitstelle, jedoch ist man viel flexibler, wenn es zu Auftragsschwankungen kommt.

Bei **Studentenjobs** (unter einem Verdienst von 400 Euro/Monat) entfällt die Rentenversicherungspflicht. Und eine Sozialversicherungspflicht besteht erst ab mehr als 20 Arbeitsstunden die Woche.

Egal, ob Minijob, studentische Hilfskraft oder Vollzeit-Mitarbeiter – folgende Formalitäten müssen künftige Arbeitgeber erfüllen:

1 Arbeitsvertrag abschließen

Der Gesetzgeber hat hier klare Vorgaben gemacht, die man auf jeden Fall einhalten muss.

So muss ein **Arbeitsvertrag** folgendes enthalten:

- Name, Anschrift und **Personaldaten** des Arbeitnehmers und des Unternehmens.
- **Arbeitszeit und Arbeitsort:** Wann und wo soll der Arbeitnehmer arbeiten. Grundsätzlich sollten im Vertrag die Wochenstunden geklärt sein. Wenn es eine Gleitzeitregelung gibt, sollte auch die tägliche Arbeitszeit angegeben werden. Heute – ganz aktuell! – ist es mittlerweile üblich, Mitarbeitern auch die Möglichkeit einzuräumen, von zu Hause aus zu arbeiten: Wieviel Zeit darf der Mitarbeiter im Homeoffice sein, wann soll er im Büro erscheinen?
- **Überstunden und Freizeitausgleich:** Wie werden eventuell anfallende Überstunden behandelt? Werden sie abgefeiert oder finanziell ausgeglichen? Gut ist es hier, dem Mitarbeiter die Wahl zu lassen.
- Auch der **Urlaub** ist gesetzlich geregelt, zumindest, was die Anzahl der Urlaubstage betrifft. Wenn der Arbeitgeber mehr Urlaub als gesetzlich vorgeschrieben gewähren will, sollte er das auch im Arbeitsvertrag festlegen.
- Gut ist es ebenfalls, die genauen Aufgabengebiete des Mitarbeiters im Vertrag zu regeln, eine Arbeitsplatzbeschreibung zu integrieren. Schließlich definiert das auch die Leistung, zu der er sich mit diesem Vertrag verpflichtet. Die Beschreibung sollte offen genug sein, um den Mitarbeiter auch an anderen Stellen einsetzen zu können. Dies regelt man üblicherweise mit dem Zusatz „auch andere, ihm zumutbare Aufgaben" zu akzeptieren.
- Schließlich dürfen im Arbeitsvertrag auch die Kündigungsfrist und Angaben zur Probezeit nicht fehlen. Diese dienen der gegenseitigen Absicherung.

Es gibt dafür auch gute Vorlagen im Netz – insbesondere für Angestellte in Minijobs oder Midijobs. Für rechtssichere Verträge wendet man sich am besten an einen spezialisierten Anwalt.

2 Betriebsnummer beantragen

Um Mitarbeiter einstellen zu können, muss ein Arbeitgeber bei der Bundesagentur für Arbeit eine sogenannte Betriebsnummer beantragen. Diese benötigt man für alle weiteren Schritte wie etwa fürs An- und Abmelden von Mitarbeitern bei der Krankenkasse. Man bekommt diese Betriebsnummer online unter bno.arbeitsagentur.de (Kontakt per Mail: betriebsnummernservice@arbeitsagentur.de).

3 Mitarbeiter erfassen

Am besten legt man für jeden Mitarbeiter eine **Personalakte** mit folgenden Unterlagen an:

- Ein ausgefüllter Personalfragebogen (persönliche Angaben, Angaben zur Beschäftigung, Steuer etc.)
- Kopie des Personalausweises
- Rentenversicherungsnummer
- Mitgliedsbescheinigung der Krankenkasse
- Steuer-Identifikationsnummer (Steuer-ID)
- Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM)
- Urlaubsbescheinigung des letzten Arbeitgebers
- Unterlagen für vermögenswirksame Leistungen

Foto: DENNIZN

Gründungs- und Journalistenberatung jetzt auch mit Videositzung möglich

Die Leistungen Gründungs- oder Journalistenberatung der Berufsverbände DPV und bdfj können ab sofort auch per Videositzung durchgeführt werden. Im Videocall ist es erfahrungsgemäß häufig einfacher, miteinander in Kontakt zu kommen und die Lösung einer Frage umzusetzen. Angeschlossene Journalisten können einen Termin individuell vorab buchen. Diese finden den Link zu der entsprechenden Buchungsseite, nachdem sie sich unter „Mein DPV" bzw. „meine bdfj" eingeloggt haben.

Die Buchungsseite mit dem Online-Tool funktioniert natürlich auch perfekt für mobile Endgeräte. Rechtzeitig vor dem Termin erfolgt automatisch eine Erinnerung. Die Gründungsberatung verschafft einen Überblick und bietet eine allgemeine Beratung & schnelle Orientierung bei Fragen aus dem Bereich Existenzgründung im Presse- und Medienbereich. Und die Journalistenberatung berät zu allen Problemen im beruflichen Alltag (mit Ausnahme der Themen Recht und Steuern).

- Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis (bei ausländischen Mitarbeitern)
- Schwerbehindertenausweis
- Nachweise über Zusatzqualifikationen.

4 Meldung des Mitarbeiters bei Krankenkasse und Ämtern

Neue Mitarbeiter muss man bei folgenden Stellen melden:

- **Sozialversicherung:** Arbeitnehmer sind gesetzlich in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung versichert. Als Arbeitgeber ist man zwingend zur Meldung beim Sozialversicherungsträger verpflichtet. Es ist also dringend erforderlich, einen neuen Mitarbeiter bei der zuständigen Krankenkasse anzumelden, die dann als sogenannte „Einzugsstelle für die Sozialversicherungsabgaben" fungiert. Bei Minijobbern ist die Minijob-Zentrale zuständig. Die Meldung ist übrigens nur noch über verschlüsselte Datenübertragung möglich. Dafür gibt es zugelassene Programme und Onlinetools.

- **Gesetzliche Unfallversicherung** (Berufsgenossenschaft): Mitarbeiter müssen auch bei der Berufsgenossenschaft (BG) angemeldet werden, der gesetzlichen Unfallversicherung. Für Kameraleute, Fotografinnen und Fotografen ist die zuständige Berufsgenossenschaft die BG ETEM. Andere Journalistinnen und Journalisten werden bei der Verwaltungsberufsgenossenschaft versichert.
- **Finanzamt:** Der Arbeitgeber ist dafür verantwortlich, dass die Lohnsteuer der Mitarbeiter einbehalten und rechtzeitig ans Finanzamt abgeführt wird. Die Meldung geht über „Elster" (Elektronische Steuererklärung) und das Verfahren für die Mitarbeiter-Meldung heißt ELStAM. Für diese Anmeldung benötigt man das Geburtsdatum und die Steueridentifikationsnummer des Mitarbeiters sowie die Steuerklasse.

Das kosten Mitarbeiter

Neben dem Gehalt (also dem Netto-Lohn, den der Mitarbeiter monatlich ausbezahlt bekommt) müssen auch die Ausgaben für die Sozialversicherung und die Lohnsteuer einkalkuliert werden. Es sind außerdem die aktuellen Regelungen für den Mindestlohn zu beachten.

- Der Lohnsteuersatz hängt immer vom jährlichen Gehalt des Mitarbeiters ab:
- Unter 11.000 Euro entfällt die Lohnsteuer
- Bis 25.000 Euro liegt sie bei 36,5 Prozent
- Bis 60.000 Euro liegt sie bei 43,31 Prozent
- Ab 60.000 Euro beträgt sie sogar 50 Prozent

Als Faustregel kann gelten, dass das „Arbeitgeber-Brutto" – also das, was ein Mitarbeiter den Arbeitgeber letztlich kostet, circa 20 Prozent über dem Bruttoentgelt liegt. Erhält ein Mitarbeiter also beispielsweise 2.000 Euro brutto, kostet er den Arbeitgeber monatlich etwa 2.400 Euro. Dazu kommen etwaige freiwillige soziale Leistungen und die Kosten für eine Auslagerung der Lohnbuchhaltung an ein Lohnbüro oder einen Steuerberater.

Wie viel ein einzelner Mitarbeiter erwirtschaften muss, damit er als rentabel gilt, wird unterschiedlich bewertet. In der Dienstleistungsbranche geht man jedoch davon aus, dass ein Mitarbeiter pro Jahr rund 200 Prozent seiner Personalkosten erwirtschaften muss, die der Arbeitgeber für ihn bezahlt.

Walther Bruckschen *(Jahrgang 1961), Diplom-Kaufmann und Unternehmensberater, besitzt langjährige Erfahrungen als Chefredakteur von Fachzeitschriften und ist als freiberuflicher Journalist, Agenturgründer und Geschäftsführer sowie PR- und Marketingberater tätig. Als Q-plus-zertifizierter Gründungsberater ist er in der Beraterbörse der KfW gelistet und hat sich auf Gründer- und Führungskräftecoaching in der Medienbranche spezialisiert. Er betreut seit Januar 2013 federführend die Existenzgründungsberatung des Journalistenzentrum Deutschland.*

Gerichte sollen Urheberrechtsreform (er)klären

Von Markus Beckedahl

Die Bundesregierung hat die nationale Umsetzung der Urheberrechtsreform beschlossen. Nutzerrechte gerieten im Kampf der Rechteinhaber gegen Google und Co. unter die Räder. Zentrale Regelungen bleiben unklar, Gerichte werden das in langwierigen Verfahren erst regeln. Uploadfilter werden kommen.

Als vor fast zwei Jahren die EU-Urheberrechtsreform beschlossen wurde, kommentierten wir (Anm. d. Red.: Gemeint ist netzpolitik.org), dass diese eine falsche Antwort auf eine veränderte digitale Welt sei und die Rechte von großen Verwertern und nur einem kleinen Teil der Urheber zementiere. Lange dauerte es, bis die Bundesregierung mit dem „Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz" eine nationale Umsetzung auf den Weg ins Parlament bringen konnte. Nun hat das Bundeskabinett die Gesetzesvorlage beschlossen, die Nutzerrechte noch weiter einschränkt und noch mehr Wünsche der Rechteinhaber erfüllt. Die Zeit drängt, denn bis zum 7. Juni 2021 muss nach dem Zeitplan vom Bundestag eine nationale Umsetzung beschlossen sein.

Uploadfilter kommen, auch wenn das vor zwei Jahren von der CDU noch anders versprochen wurde. Sie werden in ein komplexes Beschwerdesystem eingebunden, wobei ein „Red-Button-Verfahren" eingeführt wird, was dieses wiederum aushebeln kann. Eine neue Möglichkeit gibt es für „vertrauenswürdige Rechteinhaber", die die Sperrung von Inhalten erzwingen können, die vom Filtersystem als „mutmaßlich erlaubt" eingestuft wurden. Volker Grassmuck vom Verein Digitale Gesellschaft sieht darin die Schaffung „einer grundlegend algorithmenbasierten neuen Infrastruktur", „in die hinein alle künftigen Regeln für Urheberrechte und möglicherweise alle anderen zu kontrollierenden Inhalte im Online-Bereich formuliert werden".

Kampagne der Presseverleger schwächt Nutzerrechte

Erfolgreich war die Kampagne der Presseverleger, die offenkundig eigennützig ihre publizistische Macht missbraucht haben, um mit lauten „Enteignung!"-Schreien die Bagatellgrenze von Text auf 160 Zeichen runterlobbyiert zu bekommen. Ursprünglich hatte das Bundesjustizministerium in der ersten Vorlage 1 000 Zeichen dafür vorgesehen.

> Generell nicht geschützt vor Uploadfiltern sollen Werke sein, die mehr als 50 Prozent eines anderen Werks enthalten.

In ein 160-Zeichen-Zitat passt nicht mal der Name der Gesetzesvorlage: Die „Richtlinie (EU) 2019/790 über den Urheber- und Leistungsschutz im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG" umfasst 220 Zeichen, worauf die ehemalige EU-Abgeordnete Julia Reda von der Gesellschaft für Freiheitsrechte hinweist. Selbst ein Tweet mit bis zu 280 Zeichen Länge könnte also zukünftig Uploadfiltern zum Opfer fallen. Weitere Bagatellgrenzwerte sind 15 Sekunden für Audio und Video, was noch akzeptabel ist, sowie Bilder bis zu einer Größe von 125 KB, was sehr wenig ist, aber hoffentlich zu besseren Bildkompressionsalgorithmen führen wird.

Klaus Müller, Vorstand des „Verbraucherzentrale Bundesverbands" (vzbv), kommentiert in einer Pressemitteilung, dass die Politik weiter an den Nutzerrechten säge, wenn sie diese Bagatellgrenzen immer weiter zugunsten der Rechteinhaber abschwäche. Er appelliert an die Parlamentarier, „diese Entwicklung umzukehren und die Nutzerrechte wieder zu stärken". Denn Nutzerrechte seien „kein notwendiges Übel, das ‚irgendwie' abgehakt werden muss. Starke Nutzerrechte waren, sind und bleiben das wichtigste Mittel, um den vorgegebenen Interessenausgleich zwischen Plattformen, Rechteinhabern und Nutzern herzustellen."

Pascal Fouquet von der Initiative Savetheinternet kommentierte gegenüber netzpolitik.org: „Je länger es her ist, dass 200 000 Menschen auf der Straße gegen dieses nutzerfeindliche Urheberrecht demonstrierten, desto gefälliger werden die Entwürfe der Bundesregierung für die Rechteverwertungsindustrie. Alle anderen bleiben auf der Strecke. Die Bagatellgrenze wurde auf 160 Zeichen gesenkt – nicht mal Tweetlänge. Wir kämpfen weiter!"

Stolpersteine für die Meme-Kultur

Eher schlecht sieht es für die Meme-Kultur und damit für neue kommunikative Ausdrucksmöglichkeiten aus. Diese wollte die Bundesregierung nach den massiven Netz-

Demonstration gegen Artikel 13 EU-Urheberrechtsreform, Köln 9. März 2019 Foto: Raimond Spekking/CC BY-SA 4.0

und Straßenprotesten im Frühjahr 2019 besser schützen und versprach eine Ausweitung der Nutzerrechte für Karikatur, Pastiche und Parodie. Davon ist leider wenig geblieben, in § 51 heißt es zwar, dass diese zulässig seien, aber nur sofern die Nutzung in ihrem Umfang durch den besonderen Zweck gerechtfertigt ist.

Was der „besondere Zweck" sein soll, konnte mir nicht mal das Bundesjustizministerium erklären und verwies auf Gerichte, die das klären sollen. Rechtssicherheit sieht anders aus, zumal vor allem der Bundesgerichtshof in der Metall-zu-Metall-Entscheidung gezeigt hat, dass er im Zweifelsfall die Perspektive von Rechteinhabern einnimmt und Remix-Kultur nicht so sehr schätzt.

Diese Regelung könnte europarechtswidrig sein. Julia Reda verweist auf den Europäischen Gerichtshof, der abschließend definiert habe, was eine Parodie sei und dass der Umfang der Nutzung dabei keine Rolle spiele.

Weitgehend ungelöst ist die Frage, welche Plattformen denn jetzt unter das „Urheberrechts-Dienste-anbieter-Gesetz" fallen.

Die Bundesregierung hat es sich einfach gemacht und versteckt sich hinter den nebulösen Definitionen der EU-Vorlage.

Entscheidend sei lediglich, dass sich die Parodie vom Original merklich unterscheide und dass sie humoristisch sein muss. Generell nicht geschützt vor Uploadfiltern sollen Werke sein, die mehr als 50 Prozent eines anderen Werks enthalten. Das gängige Meme in Form einer Bild/Text-Collage oder eines animierten GIFs dürfte hier darunterfallen.

Weitgehend ungelöst ist die Frage, welche Plattformen denn jetzt unter das „Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz" fallen. Die Bundesregierung hat es sich einfach gemacht und versteckt sich hinter den nebulösen Definitionen der EU-Vorlage. Bekannt ist, dass die Wikipedia und vergleichbare nicht-kommerzielle Plattformen nicht darunterfallen. Ziemlich sicher ist, dass Youtube darunterfällt. Twitter könnte wiederum ausgenommen sein, weil es dort primär um Meinungsäußerungen gehe. Facebook, Instagram und TikTok sind tendenziell betroffen, aber das ist noch unklar, weil sie als Plattformen, die vor allem zur Selbstdarstellung und Meinungsäußerung dienen, dazwischenliegen.

Das Urheberrecht betrifft alle, die im Netz publizierend zu Sendern geworden sind. Dabei ist die Komplexität dieser Gesetzgebung ein großes Problem für Akzeptanz und Verständnis. Diese Reform erhöht die Komplexität, führt zu noch mehr Rechtsunsicherheit und wird massive Auswirkungen auf Netzkulturen haben. Die großen Gewinner sind die Rechteinhaber. Die meisten Urheber werden irgendwann merken, dass sie instrumentalisiert worden sind.

Markus Beckedahl *hat schon 2002 in der Ur-Form von netzpolitik.org gebloggt und entwickelt seit 2004 als Chefredakteur die Plattform. netzpolitik.org ist als Teil der von ihm mitgegründeten newthinking communication GmbH gestartet, aus der auch die von ihm mitgegründete re:publica-Konferenz entstanden ist. Markus Beckedahl ist seit 2010 Mitglied im Medienrat der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg und war von 2010 bis 2013 Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft" im Deutschen Bundestag. Er schreibt den wochentäglichen bits-Newsletter aus dem netzpolitik-Universum.*

Journalisten als Zielscheibe

Übergriffe auf Redakteure, die bedroht, angepöbelt und geschlagen werden, gibt es nicht nur in Deutschland. Die Reporter des niederländischen Senders *NOS* werden seit vergangenem Jahr sogar unter bestimmten Umständen von Personenschützern bei ihrer Arbeit begleitet. Aus Angst vor Übergriffen entfernte der Sender im vergangenen Oktober alle Logos und Schriftzüge von seinen Übertragungswagen. journalistenblatt sprach mit dem Chefredakteur von *NOS* über die Situation der Journalisten des Fernsehsenders und fragte: War die Entscheidung, die *NOS*-Logos von den Sender-Fahrzeugen zu entfernen, der richtige Schritt, um die Sicherheit von Journalisten zu gewährleisten?

? Marcel Gelauff, Journalisten geraten in Deutschland immer wieder in bedrohliche Situationen, sei es gegen ihre körperliche Unversehrtheit, oder sie werden bespuckt und beleidigt. 2020 gab es in Deutschland 252 Vorfälle dieser Art, mehr als doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Wie sieht die Situation in den Niederlanden aus?

! In den Niederlanden beschäftigen wir uns schon länger mit der Sicherheit von Journalisten. Bereits 2019 haben wir die Plattform www.persveilig.nl (Deutsch: Sichere Presse) ins Leben gerufen. Dies geht auf eine Initiative des NVJ (die Niederländische Journalistengewerkschaft), der Vereinigung der Chefredakteure, der Polizei und des Justizministeriums zurück. Grund waren verstärkte Übergriffe auf Journalisten. Seitdem haben wir über hundert Meldungen von Kollegen bekommen, die uns von Vorfällen berichten. Natürlich meldet nicht jeder Journalist jeden Vorfall, also bildet die Zahl nicht die ganze Realität ab. Aber sie demonstriert doch recht anschaulich die Entwicklung. Das ist auch die Absicht, die hinter diesem Projekt steht: deutlich zu machen, dass die Ausübung unseres Berufs schwieriger geworden ist und dass wir uns mit einer Menge Sicherheitsmaßnahmen auseinandersetzen müssen.

> Auf Produktionen wurde gegen die Fahrzeuge getreten oder uriniert oder die Kollegen wurden beschimpft und obszöne Gesten gezeigt. Sie fühlten sich nicht mehr sicher.

? Sie selbst haben im vergangenen Jahr weitere Maßnahmen beim *NOS* umsetzen lassen, zum Beispiel wurden die Sender-Logos von Fahrzeugen entfernt, um Mitarbeiter zu schützen. Was ist da passiert?

! Wir haben im Oktober 2020 damit begonnen, die Entscheidung zur Umsetzung fiel aber bereits im Sommer 2020. Wir haben uns dafür entschieden, weil es für unsere Techniker nicht mehr sicher war, sich mit den Fahrzeugen in der Öffentlichkeit zu bewegen. Sie waren immer wieder Zielscheibe für Angriffe, nicht täglich natürlich, sondern vor allem bei größeren Menschenansammlungen, wie Demonstrationen. Es gab aber auch Vorfälle, etwa auf der Autobahn, dass sich jemand mit seinem Auto vor ein *NOS*-Fahrzeug setzte und versuchte, es auszubremsen. Jeder kann sich vorstellen, was geschehen kann, wenn sich ein PKW vor einen schweren *NOS*-LKW setzt und dann auf die Bremse tritt. Wenn die Kollegen auf Produktionen waren, wurde gegen die Fahrzeuge getreten oder uriniert oder die Kollegen wurden beschimpft und obszöne Gesten gezeigt. Die Mitarbeiter haben sich schlicht nicht mehr sicher gefühlt. Nicht nur wegen dem, was konkret passiert war, sondern auch, was womöglich noch passieren könnte!

? Haben diese Maßnahmen wenigstens etwas gebracht?

! Ja, in der Tat. Nicht nur, dass die Mitarbeiter sich jetzt sicherer fühlen, denn tatsächlich ist die Anzahl der Vorfälle zurückgegangen. Wir haben jetzt bei Demonstrationen von Fall zu Fall auch Sicherheitspersonal dabei. Insgesamt kann man durchaus sagen, dass es funktioniert und uns die Vorkehrungen bei der Berichterstattung helfen. Aber zugegeben, es sind nicht die Maßnahmen, die man sich als Nachrichtensender wünscht. Denn wir wollen ja sichtbar sein, wir möchten, dass man uns erkennt. Ich war

Foto: EenVandaag

Der niederländische Fernsehsender NOS hat aus Sicherheitsgründen alle NOS-Logos von den Fahrzeugen des Senders entfernt

Marcel Gelauff,
Chefredakteur von *NOS News*
Foto: Rogier Veldman

vor kurzem auf einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen. Wir gehen da nicht mehr mit leicht erkennbarem Kamera-Equipment rein, außerdem halten wir einen gewissen Abstand. Wir haben immer im Hinterkopf, wie wir uns und unsere Kollegen schützen können, während wir unseren Beitrag drehen. Leider ist das notwendig.

? In Deutschland verwenden besonders rechtspopulistische Parteien wie die AfD Hetzbegriffe wie „Lügenpresse" oder „Fake News". Begriffe, die auch die Regierung von Donald Trump häufig verwendete. Begegnet Ihnen so etwas auch?

! Das ist das Gleiche bei uns durch den PVV, die Partei von Geert Wilders. Sie kopierten diese Strategien, und das beeinträchtigt unsere Gesellschaft nachhaltig. Das Ziel ist, die Glaubwürdigkeit der seriösen Presse dauerhaft zu erschüttern. Ein großes Problem, das alle westlichen Demokratien betrifft. Ich war damals auf dem Parteitag der Republikaner, als Donald Trump gewählt wurde, und da haben die Teilnehmer die Inhaftierung Hillary Clintons gefordert: „Sperrt sie ein, sperrt sie ein!", riefen sie. Das war der erste Moment, in dem ich so etwas erlebte. Das ist eine Phase, die mit Donald Trump begonnen hat. Aber es ist ja kein Problem der Rechtspopulisten allein. Ich frage mich mittlerweile, ob es eine Minderheit ist, die uns als „Lügenpresse" beschimpft, oder nicht schon viele „Normalbürger" stark davon beeinflusst sind. Das sind nicht die, die ganz rechts stehen, sondern irgendwo in der Mitte. Deswegen müssen wir weitermachen mit dem, was wir können. Wir müssen einen guten Job machen und möglicherweise besser, als wir es vielleicht bisher getan haben. Wir werden herauszufinden haben, wohin uns der Einfluss von diesen „Lügenpresse" skandierenden Bewegungen noch führt. Welchen Einfluss hat das auf die Gesellschaft, auf den Journalismus, auf die Medien, auf die Demokratie an sich? Das wird uns in den kommenden Jahren beschäftigen.

? Wurden Sie schon direkt mit dem Begriff „Fake News" in Verbindung gebracht?

! Stellen Sie sich vor, einer meiner Nachbarn, ein Rentner, der vorher einen angesehenen Beruf ausübte, er ist kein Rechtspopulist, fragte mich eines Tages: „Hey, Marcel, machst du eigentlich Fake News?" Was ich mit diesem Beispiel sagen will ist, dass diese andauernden Lügen, wie etwa von der ehemaligen Trump-Regierung, das Denken der Menschen weltweit beeinflusst. Die Art und Weise, wie die Menschen Journalisten und ihre Arbeit ansehen, ist dadurch beeinflusst, und das bereitet mir große Sorgen.

? Arbeiten Journalisten vielleicht zu intransparent? Verstehen die Menschen nicht, wie Journalismus funktioniert?

! Das könnte sein. Auf der anderen Seite sollte für den Journalismus gelten, dass wir in einen Spiegel blicken. Es ist eine Verpflichtung, uns die Frage zu stellen, was wir falsch gemacht haben könnten. Sind wir noch nah genug dran an unserer Zielgruppe, unserem Publikum? Wir müssen zeigen, wie wir arbeiten, was unser Antrieb ist. Darüber hinaus sollten wir uns fragen, ob wir irgendetwas anders machen sollten, und diese Fragen sollten wir uns täglich stellen. Jedes Thema, über das wir berichten, sollte so neutral wie möglich behandelt werden. Jeder Journalist sollte sich immer wieder selbst in die Pflicht nehmen und sich fragen, wo seine Vorurteile sind und auf welchem Auge er „blind" ist. Das fängt schon bei der Recherche an: Welche Quellen nutze ich? Mit welchen Menschen spreche ich?

Das Wichtige ist doch, dass die Kollegen ihren Job so gut wie möglich machen. Jeder Berichterstatter sollte verinnerlichen, seine Arbeit zu reflektieren. Wer bist du? Was machst du? Wie arbeitest du? Wie erreichst du deine Zielgruppe? Wie kannst du dich erneuern? Wo sind deine Schwächen und Stärken? Wir haben in den vergangenen Jahren stark ins Internet investiert. Gerade im Bereich Social Media muss ein Kontakt mit der Zielgruppe vorhanden sein. Auch wenn es unbequem ist, muss man auf deren Posts reagieren. Es ist eine wichtige Investition: Beherrsche deinen Beruf, und bleibe in Kontakt mit deinem Publikum.

? Im Internet will und soll man fürs Publikum gefunden werden, was manche Kollegen dazu verführt, Clickbait einzusetzen. Doch damit wird bei den Lesern wieder ein falscher Eindruck erweckt. Würde es der Glaubwürdigkeit des Journalismus dienen, wenn das unterlassen werden würde?

! Wir bei *NOS* setzen keine Clickbait-Headlines ein, aber ich verstehe, was Sie meinen. Auf der anderen Seite muss man wissen, wie Google funktioniert. Wie Sie schon sagten, will man, dass die Beiträge gelesen oder gesehen werden. Aber es ist richtig, es steht und fällt mit der journalistischen Qualität. Langfristig hilft Clickbait im Internet dem Journalismus nicht. Clickbait schadet dem Ansehen des Journalismus.

? Glauben Sie, dass der politische Kurswechsel in den USA zu einer Beruhigung der Lage in Europa beitragen wird?

! Ich hoffe, dass das so sein wird. Ich bin mir dessen aber nicht sicher. Wir müssen abwarten, was langfristig passiert. Der Schaden ist bereits da. Wir müssen jetzt herausfinden, wie groß er ist. Deshalb ist es wichtig, miteinander zu reden.

Das Interview führte Andrew Weber

Marcel Gelauff *ist seit 2011 Chefredakteur von NOS News (Radio, TV und Online). Die NOS (Nederlandse Omroep Stichting, deutsch: Niederländische Rundfunkstiftung) ist dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zuzuordnen. Gelauff lernte seinen Beruf von der Pieke auf in einer kleinen Lokalredaktion in der Provinz Zuid-Holland. 1992 wurde er Chefredakteur bei RTL News, 2003 wechselte er zur NOS.*

PressCreditCard

Kontaktloses Bezahlen bleibt kostenfrei

Musteransicht der Karte

Wer sich einmal seine Kontoauszüge näher betrachtet, stellt oft fest, dass Banken und Sparkassen mittlerweile für die Nutzung der Girocard als Zahlungsmittel Gebühren erheben. Gerade während der Corona-Pandemie ist allerdings das Bezahlen per EC-Karte immer beliebter geworden. In der Summe kann sich das schnell negativ bemerkbar machen – manche Geldinstitute verlangen bis zu 75 Cent pro Bezahlvorgang mit der Girocard. Die Advanzia-Bank, herausgebendes Geldinstitut der verbandseigenen Kreditkarte, erhebt dagegen keine Gebühren für die Bezahlung von Waren oder Dienstleistungen mit der PressCreditCard.

Dies ist sogar komplett kontaktlos möglich. Die PressCreditCard ist mit der so genannten NFC-Technologie ausgestattet. NFC steht für Near-Field-Communication und übermittelt die erforderlichen Daten per Funk an das Kartenlesegerät. Mittlerweile verfügen bereits über 80 Prozent der Kartenterminals über die neue Auslesefunktion. In der Pandemiezeit halten es viele Verbraucher für hygienischer, kontaktlos zu bezahlen. Es spricht wenig dafür, dass sich dieses Verhalten nach der Pandemie ändern wird.

Auch in Sachen Zinsen bietet die Advanzia-Bank ihren Kunden Vorteile: So werden zum Beispiel für Tagesgeld-Einlagen ab 5.000 Euro 0,2 Prozent Zinsen gezahlt. Im Gegensatz zu vielen Geldinstituten, die mittlerweile ab einer Einlagenhöhe von 50.000 Euro schon Negativzinsen aufrufen, zahlt der Herausgeber der PressCreditCard also seinen Kunden bares Geld aus – und zwar monatlich.

Weitere Informationen rund um die Vorteile der PressCreditCard, die im übrigen für Mitglieder der Berufsverbände DPV und bdfj kostenfrei erhältlich ist, finden Sie im Internet unter

www.presscreditcard.de

IMPRESSUM

Herausgeber
Journalistenzentrum Deutschland
Trägerverbände sind der DPV Deutscher Presse Verband – Verband für Journalisten sowie die bdfj Bundesvereinigung der Fachjournalisten. Der DPV ist die tariffreie Spitzenorganisation der hauptberuflichen Journalisten in Deutschland. Die bdfj ist die größte Interessenvertretung exklusiv für zweitberuflich tätige Journalisten in Deutschland.

Redaktion
Journalistenzentrum Deutschland
Red. journalistenblatt
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040/8 99 77 99
Fax 040/8 99 77 79
redaktion@journalistenblatt.de
www.journalistenblatt.de

Chefredakteur
Christian Laufkötter
Stellv. Chefredakteur
Guido M. Sdrenka
Chefredakteur Digital
Shams Ul-Haq
Ständige redaktionelle Mitarbeiter
Walther Bruckschen, Mirjam Büttner, Martina Haan, Nicole Herrmann, Olaf Kretzschmar, Gabriele Krink, Christian Zarm. Freie Redakteure sind in ihren jeweiligen Artikeln gekennzeichnet.

Mantelproduktion Verlag
Berliner Journalisten Verlagsgesellschaft
Schönhauser Allee 122
D-10437 Berlin
Tel. 030/28 50 43 33
Fax 030/28 50 43 34

Fotos
siehe jeweiliger Bildnachweis.

Mediadaten
Das Medienmagazin journalistenblatt veröffentlicht keine gewerblichen Werbeanzeigen.

Erfüllungsort, Gerichtsstand
Hamburg

V.i.S.d.P.
Andreas Christensen

Erscheinungstermine
Das Medienmagazin journalistenblatt erscheint jedes Jahr im Februar, Mai, August und November. Bei besonderen Anlässen kann der Erscheinungstermin abweichen.

Bezug/Preis
Der Bezug ist in der Mitgliedschaft von DPV und bdfj ohne Aufpreis enthalten. Adressänderungen sind den Berufsverbänden bitte umgehend mitzuteilen.

Archiv und Nachbestellung
Unter www.journalistenblatt.de sind alle Ausgaben des Medienmagazins archiviert und, wenn nicht vergriffen, für Mitglieder als Print kostenfrei nachbestellbar.

www.journalistenblatt.de

Die Veröffentlichungen externer Autoren geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte oder Bilder und Illustrationen kann keine Haftung übernommen werden. In diesem Medienmagazin werden die weibliche, die männliche sowie die diverse Form gleichzeitig gemeint, wenn nicht anders gekennzeichnet. Der Nachdruck ist, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Engagement – RückBLENDE

Mai 2021

Tag der Pressefreiheit – Konferenz der UN

Zum Tag der Pressefreiheit am 3. Mai beteiligen sich DPV und bdfj seit vielen Jahren auf Einladung der Vereinten Nationen an der World-PressFreedomDay Konferenz. Die wohl weltweit wichtigste Veranstaltung zu diesem Tag wird in diesem Jahr vom 29. April bis zum 3. Mai in Windhuk/Namibia ausgerichtet. Medienführer treffen hier auf politische Entscheidungsträger und Wissenschaftler. Eine Vielzahl von Themen bestimmen die Diskussionsforen und Veranstaltungen: Wie vermeiden wir, dass die Covid-19 Pandemie zum Aussterben der Medien beiträgt? Online-Freiheit fördern und Online-Desinformation bekämpfen. Sind unabhängige Medien ein öffentliches Gut? Die Rolle der Regierungen bei dem Schutz der Freiheit von Medienmachern und vieles mehr. Außerdem wird nach 3 Jahrzehnten über die Windhuk Deklaration und über die Sicherheit von Journalisten diskutiert – in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft. Auch die Verbände des Journalistenzentrum Deutschland, DPV und bdfj, engagieren sich seit über 30 Jahren für die Presse- und Meinungsfreiheit.

Universitätsstudie zu Leidenschaft und Erfolg von Kreativschaffenden

Mit wie viel Freude und Begeisterung arbeiten wir in unserem Beruf als Journalist? Um dazu mehr herauszufinden, laden Sie DPV und bdfj in Zusammenarbeit mit der Hochschule Macromedia zur Teilnahme an der Studie zu Leidenschaft und Erfolg in der Kultur- und Kreativwirtschaft ein. Denn vielleicht haben Sie sich auch schon einmal gefragt, ob Sie das, was Sie tun, leidenschaftlich gerne tun und wie das mit Ihrer Performance und Ihrer Zufriedenheit zusammenhängt? Genau das möchte diese Studie herausfinden. Der Fragebogen bietet Ihnen eine strukturierte Möglichkeit, um Ihre Leidenschaft, Ihre Projekte und Ihr Handeln anonym zu reflektieren. Aussagekräftige Daten erfordern eine rege Teilnahme. Im Gegenzug bekommen wir als Verband eine Auswertung der Studienergebnisse, die zeigt, wie Leidenschaft und erfolgreiches Handeln zusammenhängen.

April 2021

Schutzimpfungen mit erhöhter Priorität (Impfgruppe 3)

In einer Beratungsaktion informieren wir die Mitglieder von DPV und bdfj, welche zeitnah eine Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 in Anspruch nehmen möchten. Dabei erfolgt zuerst der Hinweis, dass der Aufruf für die Gruppe 3 „Schutzimpfungen mit erhöhter Priorität" je nach Bundesland unterschiedlich erfolgt. Die bundesweit gültige „Verordnung zum Anspruch auf Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronavirus-Impfverordnung – CoronaImpfV)" regelt unter „§ 4 Schutzimpfungen mit erhöhter Priorität" (Gruppe 3) wie folgt: (1) Folgende Personen haben mit erhöhter Priorität Anspruch auf Schutzimpfung… 5. Personen, die in besonders relevanter Position in weiteren Einrichtungen und Unternehmen der Kritischen Infrastruktur tätig sind, insbesondere im Apothekenwesen, in der Pharmawirtschaft, im Bestattungswesen, in der Ernährungswirtschaft, in der Wasser- und Energieversorgung, in der Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft, im Transport- und Verkehrswesen sowie in der Informationstechnik und im Telekommunikationswesen,… Journalisten gehören bekanntermaßen zur Kritischen Infrastruktur (Einzelheiten dazu siehe Presseratgeber „Ihre Rechte als Journalist auch in Corona-Zeiten" Nr. 8524 unter www.presseratgeber.de). Die Berufsverbände empfehlen, bei der Anmeldung zur Impfung die bereits übermittelte Bestätigung über die Zugehörigkeit der Funktion des Journalisten zur systemrelevanten Kritischen Infrastruktur sowie den Presseausweis vorzulegen.

März 2021

Hilfe bei individuellen Problemen für freiberufliche Journalisten

Bekanntermaßen sind im journalistischen Bereich viele Freiberufler tätig. Für diese freiberuflich tätigen Journalisten ist es trotz Einstufung des Berufes als Teil der kritischen Infrastruktur und damit als systemrelevant teilweise schwierig, beispielsweise zwecks Notbetreuung von Kindern die entsprechenden Bescheinigungen beizubringen. Denn die behördlichen Vordrucke kennen in einigen Regionen offensichtlich nur abhängig Beschäftigte. Deshalb helfen die Berufsverbände mit individuellen Bescheinigungen, um beispielsweise die Bestätigung über die Zugehörigkeit zu einer Personengruppe gemäß der Allgemeinverfügung zur Corona-Einrichtungsschutzverordnung zu erleichtern. Für diese Freiberufler ist es von großer Wichtigkeit, dass sie ihrem Beruf uneingeschränkt und vor allem meist sehr kurzfristig nachgehen können. Sie müssen also quasi rund um die Uhr einsatzbereit sein, um sich schnell an den Ort des Geschehens zu bewegen und von dort berichten zu können. Schließlich sind sie gehalten, sich von ihren Einnahmen neben den täglich anfallenden Lebenshaltungskosten auch selbständig sozial abzusichern.

Aktualisierung Presseratgeber

DPV und bdfj stellen berechtigten Antragstellern den Internationalen Presseausweis (IAJ) aus. Damit wird Journalisten ein Werkzeug und Schutzdokument in die Hand gegeben, welches die Arbeit insbesondere im Ausland erleichtert. Bevor Veranstalter und andere Institutionen einen Presseausweis akzeptieren, müssen sie wissen, ob er nach nachvollziehbaren Kriterien ausgestellt wird. Ohne den Presseausweis müssten Veranstalter, Unternehmen und Behörden bei jeder einzelnen Akkreditierung und Auskunft erst einmal nachforschen, ob sie es tatsächlich mit einem Medienmacher zu tun haben. Das gilt umso mehr im Ausland. Hier hat ein Journalist nicht immer Tätigkeitsnachweise in der Landessprache zur Hand, er ist seinen Gesprächspartnern unbekannt und hat weniger Kontakte als in seinem Heimatland. Dank des Internationalen Presseausweises können aufwendige Prüfungen entfallen. Der Umgang mit Akkreditierungsstellen wird bedeutend erleichtert. Der Presseratgeber „Der Internationale Presseausweis" (Nr. 8518), welcher zahlreiche Hinweise und Tipps enthält, wird allen Inhabern eines solchen Dokuments übergeben. Aktuell wurde die Publikation leicht überarbeitet und aktualisiert.

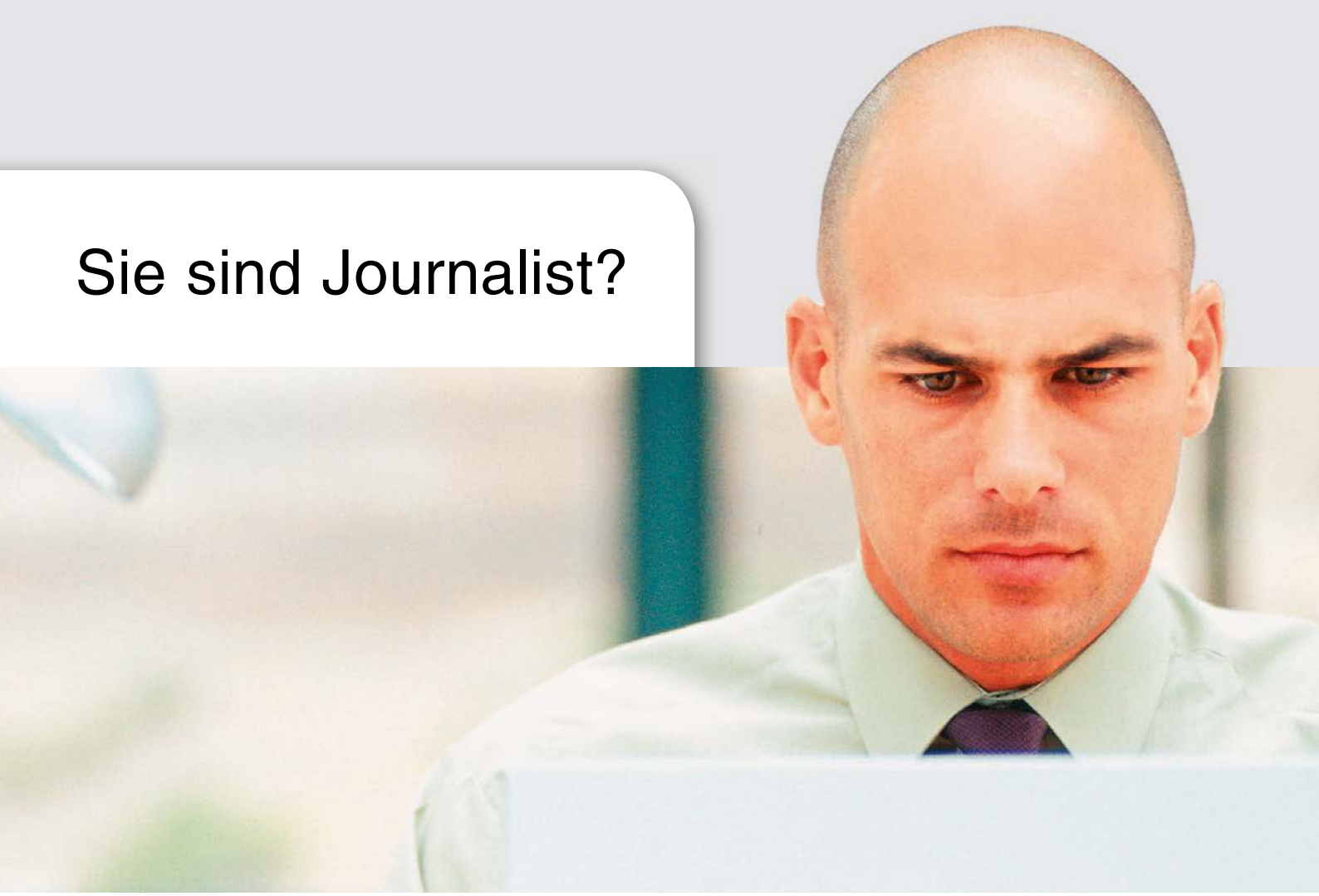
Februar 2021

Treffen Regionalleiter und Bundesgeschäftsstelle

Unter Einhaltung der geltenden Corona-Maßnahmen treffen sich Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle mit Regionalleitern. Bei dem Treffen werden aktuelle Themen diskutiert und gemeinsam neue Ideen und Formate als Beitrag zur Qualitätssicherung im Journalismus entwickelt. Die Regionalgruppen dienen dem professionellen und lebendigen Wissenstransfer, dem Dialog und der Vernetzung der Mitglieder untereinander. Deren Vertreter unterstützen die Bundesgeschäftsstelle regional und ortsnah bei der Vertretung der Interessen von Journalisten sowie im Rahmen der Mitgliederbetreuung bei administrativen Aufgaben.

Aktuelle Hinweise zum Engagement des Journalistenzentrum Deutschland finden Sie unter www.berufsvertretung.de

Sie sind Journalist?



Profitieren Sie von hervorragendem Service, Fachinformationen, qualifizierter Beratung, Presseausweis, wirksamem Engagement, Medienversorgung und zahlreichen weiteren Leistungen.

Die Journalistenverbände informieren Sie gerne:

Journalistenzentrum DEUTSCHLAND

DPV Deutscher Presse Verband

bdfj: bundesvereinigung der fachjournalisten

Journalistenzentrum Deutschland
Stresemannstr. 375
D-22761 Hamburg
Tel. 040 / 8 99 77 99
info@journalistenverbaende.de

www.journalistenverbaende.de